H 8040 F
Nummer 59
Juli/Aug. 99
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

NPD-JUGENDORGANISATION GESPALTEN

Außerdem in diesem Heft:

Burschenschaften • Anthroposophie

„Vertriebene" und der Kosovo-Krieg

Dark-Wave: Profite mit Nazi-Ideologie

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • 30161 Hannover
Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Der Sommer 1999 ist da und für AntifaschistInnen gibt es nach wie vor keinerlei Gründe, uninformiert und untätig die Bäuche in die Sonne zu legen. Dafür ein Beispiel zur allgemeinen Stimmungslage in Deutschland, das wenig mit dem Tagesgeschehen aktiver AntifaschistInnen zu tun hat - deren Engagement gegen rassistische Übergriffe und organisierten Neofaschismus keinesfalls abqualifiziert werden soll. Am 25. Juni fand im Deutschen Bundestag die Abstimmung über den Bau eines Holocaust-Mahnmals in Berlin statt. Von den 559 Abgeordneten stimmten 439 für den Bau. In namentlicher Abstimmung votierten anschließend 314 für den modifizierten Entwurf des amerikanischen Architekten Peter Eisenman: ein symbolisches Gräberfeld mit 2.700 Stelen und ein weiterer Ort der Information soll an die ermordeten europäischen Jüdinnen und Juden erinnern. 209 der Abgeordneten stimmten gegen diesen Vorschlag, 14 enthielten sich der Stimme. Gleichzeitig sprachen sich 188 Abgeordnete für ein Konzept des Theologen Richard Schröder aus, der den organisierten Massenmord an den europäischen Juden mit einer schlichten Säule und der unpolitischen Inschrift „Du sollst nicht morden" bedenken wollte.

120 deutsche ParlamentarierInnen lehnten die Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus ab und 188 unterstützten einen unpolitischen und ahistorischen Vorschlag. Das ist bundesdeutsche parlamentarische Realität.

Bei den im Juni stattgefundenen Europawahlen mußte die rosa-grüne Bundesregierung gegenüber der Union gewaltig Federn lassen. Aber auch der organisierte Neofaschismus in Deutschland konnte trotz geringer Wahlbeteiligung nur kleine Siege feiern. Beispielsweise erhielt bei der parallel zur Europawahl stattfindenden Kommunalwahl in Sachsen die NPD in Königstein (Sächsische Schweiz) fast 12 Prozent der Stimmen. Bei der Stichwahl zum Amt des Oberbürgermeisters im südthüringischen Frauenwald ging die CDU-Kreistagsabgeordnete Jutta Ewald Ende Juni soweit, öffentlich den Kandidaten der neofaschistischen DVU, Otto Reißig, zu unterstützen. Der offene Neofaschismus scheint immer mehr salonfähig zu werden. Es gibt mehr zu tun, als den provokativen Aufmärschen der Neonazis entgegenzutreten!

Die nächste Ausgabe von DER RECHTE RAND erscheint Anfang September. Redaktionsschluß ist der 13. August 1999.

DER RECHTE RAND - Register

Ein aktuelles Register ist erstellt worden und ist ab sofort erhältlich. Das Register besteht aus zwei Teilen, es umfaßt im ersten Teil alle Namen von Personen, im zweiten Teil alle Namen von Organisationen, Verbänden, Zeitschriften, Verlagen und Gruppen, die in DER RECHTE RAND Nr.1 bis Nr.57 genannt werden. Das Register ist jetzt nur noch auf Diskette erhältlich - nicht mehr als Papierausdruck!

Bestellungen nur schriftlich und gegen Vorkasse an die Redaktionsadresse: DER RECHTE RAND - Postfach 1324 - 30013 Hannover

Beim Eingang einer Überweisung von DM 10,- auf unser Konto wird die Diskette versandt!

Konto: DER RECHTE RAND, Postbank Hannover Kto.-Nr. 445586-301, Bankleitzahl 250 100 30

Für SammlerInnen und andere Interessierte

Ältere Ausgaben von DER RECHTE RAND sind nach wie vor über unsere Redaktionsadresse zu beziehen. Die Ausgaben Nr. 1, 15, 20, 25, 27, 28, 38 und 44 allerdings nur noch als Fotokopie zum Einzelpreis von 4,- DM. Ebenfalls nur als Fotokopie nachzubestellen ist unser Sonderheft Nr. 1 zum Thema "Anti-Antifa" (48 Seiten) zum Einzelpreis von 8,- DM.

Ohne diese Ausnahmen sind als Originale erhältlich:

Nr. 2 – 16 (Mai 1989 – März/April 1992) - Einzelpreis: 2,- DM

Nr. 17 – 31 (Mai/Juni 1992 – Okt./Nov. 1994) - Einzelpreis 2,50 DM

Ab Nr. 32 (Dezember 1994/Januar 1995) - Einzelpreis 3,- DM

Sonderheft Nr. 2 "Der deutsche Ritt nach Osten" zum Sonderpreis von 3,- DM

Versandkosten: Bis 5 Hefte 1,50 DM, bis 10 Hefte 2,50 DM.

Karl Chemnitz

JN-Spaltung forciert Umbruchprozesse in der NPD

Auf dem Bundesparteitag der NPD im sächsischen Mulda im Januar 1999 wurden die Grabenkämpfe innerhalb der NPD und den „Jungen Nationaldemokraten" (JN) bedeckt gehalten. Manch altgedienter JN-Funktionär wie Holger Apfel wurde in der NPD mit lukrativem Job belohnt, das hat bei nicht wenigen verbleibenden JN-Kadern für Unruhe gesorgt. Trotzdem schauten die Neo-Faschisten hoffnungsvoll auf die kommenden Wahlen. Auch der Verfassungsschutz und nicht wenige AntifaschistInnen sahen die NPD auf dem Weg nach oben. Die Wirklichkeit sieht inzwischen ganz anders aus.

Am 7. Juni verbreitete die JN-Sachsen eine Pressemitteilung, in der sie ihren Austritt aus der Bundesorganisation bekannt gab. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen und einige Mitglieder aus Baden-Württemberg schlossen sich den Sachsen an. Für ihren Austritt gaben die Jungfaschisten mehrere Gründe an.

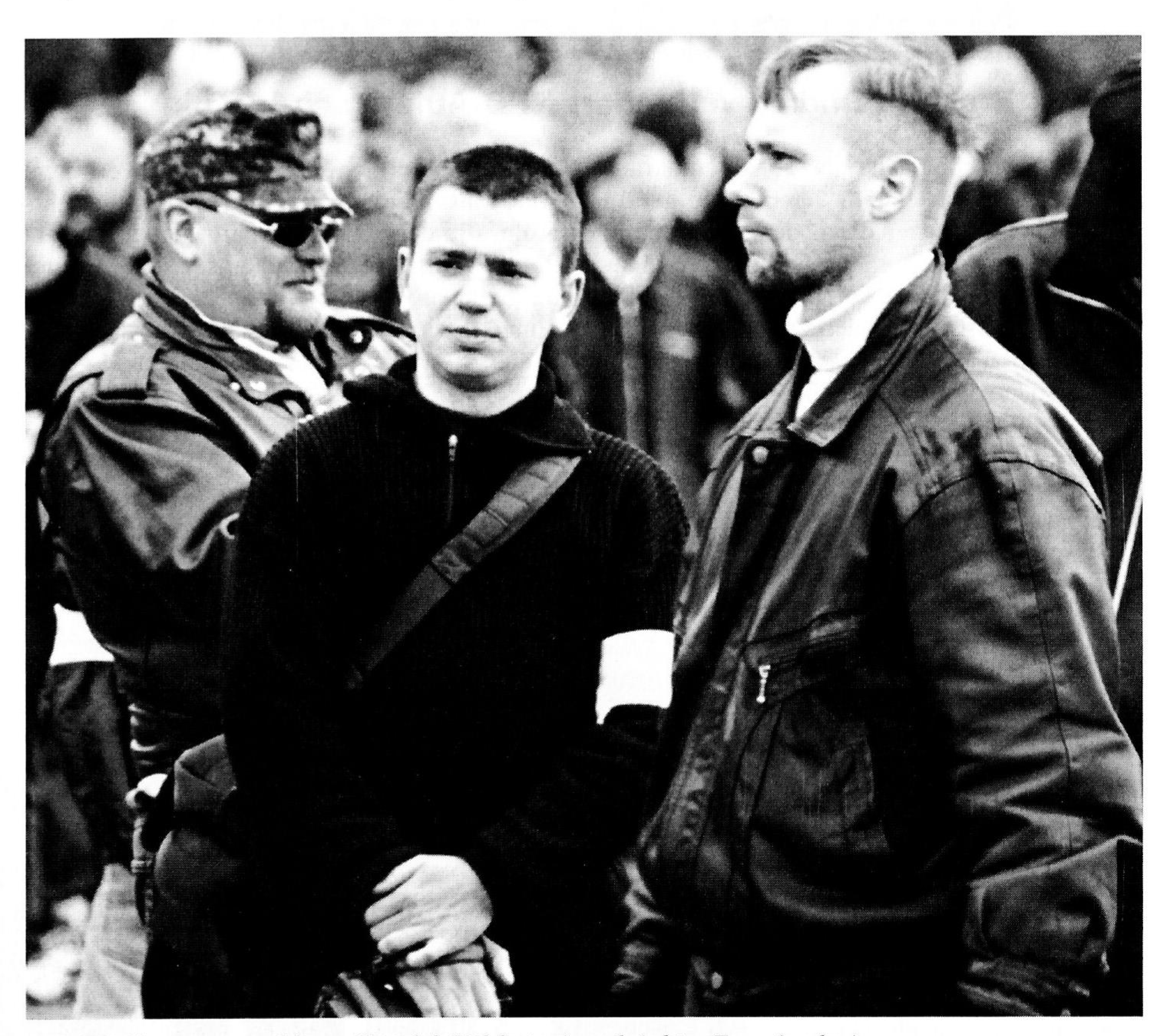
Die Aufnahme eines Bosniers in die JN störte besonders die sächsische Fraktion um Oliver Händel. In einem Schreiben forderte der Landesverband Sachsen den Bundesvorstand auf, die Aufnahme von Safat Babic rückgängig zu machen und stattdessen eine Auslandsorganisation aufzumachen. Doch weder der amtierende JN-Bundesvorsitzende Sascha Roßmüller, noch der JN-Bundesgeschäftsführer Alexander von Webenau mochten sich den Sachsen anschließen. Lediglich einige Kameraden aus Nordrhein-Westfalen unterstützten die Sachsen. Zwischen den beiden Landesverbänden gibt es naturgemäß gute Verbindungen. Der JN-Landeschef Oliver Händel war jahrelang im Kölner Raum aktiv und pflegt gute Kontakte zu Achim Ezer. Die Sachsen JN argumentiert formaljuristisch und bezieht sich auf das Statut der JN. Im Paragraf 5 des Statuts ist festgeschrieben, dass nur „Deutsche" Mitglied in der JN werden können.

Einen weiteren Anlaß ihres Austritts aus der JN sahen die Sachsen in dem Umgang des Bundesvorstands mit abtrünnigen Kameraden aus Nordrhein-Westfalen. Inzwischen streiten sich Roßmüller und Ezer bereits gerichtlich um den „Schwarze Fahne Versand". Ezer und seinen Leuten wird vom Bundesvorstand Betrug und Bereicherung vorgeworfen. Der JN-Landesvorstand NRW wurde vom Bundesvorstand neu eingesetzt. Die Sachsen kritisieren den Bundesvorstand nicht nur wegen seiner Umgehensweise mit den „Kameraden", sondern werfen ihm einen weiteren Bruch des JN-Statuts vor, weil in dem zwangseingesetzten Landesvorstand von NRW Kameraden säßen, die das Höchstmitgliedsalter von 30 Jahren überschreiten. Den dritten Austrittsgrund sehen die Sachsen in der mangelnden Schulungsarbeit. Besondere Brisanz enthält die vierte Austrittsbegründung, durch die Trinkgewohnheiten und das Ausleben der Sexualität führender Parteifunktionäre ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gerieten. In dem Brief an die Parteimitglieder und Anwärter heißt es dazu: „Nach einer Bundesvorstandssitzung in Wurzen während eines Kameradschaftsabends beschwerten sich unsere kurzhaarigen Kameraden (auch bei NPD-Landesvorstand Sachsen) über das Benehmen und die Trinksucht unserer Funktionsträger. Auf solche Vorbilder können wir verzichten! Daß der Kampf für unser Vaterland überall geführt wird, dazu stehen unsere Funktionsträger auf jeden Fall. Am ersten Abend der JN-Bundesvorstandssitzung in Sulingen (Niedersachsen) fand ein Liederabend mit Jörg Hähnel statt. Den Herren Holger Apfel (jetzt NPD-Parteivorstand, vorher JN Bundesvorsitzender), Jürgen Distler (Deutsche Stimme Verlag), S. Roßmüller (JN-Bundesvors.), Jens Pühse (Deutsche Stimme Verlag) und Andreas Weber (ehemaliger JN-Bundesschatzmeister, jetzt JN-Landesvors. NRW) war aber deutsches Liedgut zu langweilig und so fuhren sie in ein benachbartes Bordell. Der neue Bundesvorsitzende der JN, S. Roßmüller, ließ sich dort von einer polnischen Prostituierten einen blasen, wobei er sich nach eigenen Angaben als 'Herrenmensch' fühlte. So sieht der Kampf der NPD/JN für unser Vaterland aus. Wir hoffen, daß S. Roßmüller wenigstens im Puff Standfestigkeit bewiesen hat. Kameraden, die NPD/JN hat sich durch Ihr Verhalten schuldig vor unserem deutschen Vaterland gemacht." (Mitteilung an alle Mitglieder und Anwärter der JN Sachsen vom 7. Juni)

In einer Pressemitteilung kündigen die Abtrünnigen an, dass sie sich zukünftig im „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft" (BdVG) organisieren. Im Internet sind inzwischen alle Seiten entfernt, die Oliver Händel gestaltet hatte und für die er als Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes gezeichnet hatte.

Der dritte Weg für faschistoide Geisterfahrer

Aber nicht nur die jungen Kader in der NPD-Struktur sorgen in Sachsen für Aufruhr. Seit dem 30. April gibt es in Sachsen einen Arbeitskreis „Sozialisten in der NPD". Die Gründung erfolgte in der Stadt Plauen. Der Europakandidat Prof. Michael Nier aus Frankenberg/Sachsen hat zu diesem Treffen ein Strategiepapier entworfen, in dem in groben Zügen die zukünftige Entwicklung der gesamten NPD vorausgeplant wird. Nier und Grett als Sprecher des Arbeitskreises propagieren darin eine Reorganisation der Parteienlandschaft. Sie sehen die NPD in einer „neuen Entwicklungsperiode". Nach ihrer Auffassung wird die NPD in den kommenden Jahren „einen Qualitätssprung vollziehen müssen - oder sie wird eine Absonderlichkeit des politischen Lebens bleiben.



Die JN-Abtrünnigen Oliver Händel (Bildmitte) und Achim Ezer (rechts)

Dazu wird sie die Mitgliederschaft qualifizieren". Das Papier, das oberflächlich betrachtet vorgibt, den „Sozialismus" der Linken beerben zu wollen, stellt nur den wiederholten Versuch faschistoider Kräfte dar, den völkischen Nationalismus unter der Maske des Antikapitalismus als „neues" Ordnungssystem zu propagieren. Ganz genauso haben die National(sozial)isten in den 20er Jahren operiert. In der Tat hat die NPD große Probleme, gerade im mitgliederstärksten Landesverband, ihre Basis bei der Stange zu halten. Die eher auf militante Aktionen fixierten Polit-Glatzen sind für langweilige Wahlkämpfe nicht zu begeistern. Ihre Aufmarsch-Aktionen bringen der NPD aber nicht die erhofften Stimmen bei der Wahlbevölkerung, die sich noch von Gewalttaten abschrekken läßt. Deshalb schauen die Oberstrategen neidisch auf die PDS, der es bei den Europa- und den Kommunalwahlen am 13. September gelang, sich als zweitstärkste Partei zu etablieren und die Sozialdemokraten auf den 3. Platz zu verdrängen. Die pseudo-sozialistische Masche der NPD-Funktionäre in Sachsen zielt darauf ab, in PDS-WählerInnenschichten einzudringen. So ist man voll des Lobs auf die frühere SED und die heutige PDS. Der Streit um die richtige propagandistische Ausrichtung hat in Sachsen auch zu personellen Machtkämpfen geführt. Im Augenblick wird ordentlich am Stuhl des Landesvorsitzenden Jürgen Schön gesägt. Besonders Ursula Mann, bisher nur als Verfasserin von Artikeln in der „Sachsenstimme" aufgefallen, schart alle Schön-Kritiker um sich. Im Hintergrund operiert der neue Arbeitskreis „Sozialisten in der NPD" um Prof. Michael Nier und den Plauener Fahrlehrer Bernd Brett. Das Zirkelwesen hat bereits einen überparteilichen Charakter. In der „Jungen Freiheit" lädt ein unabhängiger Arbeitskreis „Wirtschafts- und Finanzpolitik" für den 26. Juli zu einer Vortragsveranstaltung „Der deutsche Weg. Nationaler Aufbruch ins 21. Jahrhundert" in „Auerbachs Keller" nach Leipzig ein. Referent ist Diplomvolkswirt Volker Biek. Zu dem Treffen, das laut Ursula Mann, deren Telefonanschluß als Info-Telefon dient, schon am 26. Juni stattfinden soll, werden neben Schön, Nier, Brett, Mann auch Udo Voigt (NPD-Bundesvorsitzender), Christian Worch, Thomas Wulff (alte GdNF-Struktur) sowie der Sohn von Gerhard Frey (DVU) erwartet. Hier könnten perspektivisch Möglichkeiten aufgetan werden, um nach einem Wahl-Debakel in Sachsen die vorhandenen faschistoiden Kräfte neu zu bündeln. Im Augenblick ist man gegen die rechten Kräfte in der CDU und der FDP eher machtlos. Alle Versuche der NPD, noch irgendwie bei den Landtagswahlen im September in Sachsen Boden gut zu machen, sind wenig aussichtsreich. Dafür haben die Entwicklungen bei den Jungen Nationaldemokraten gesorgt, auch wenn man die Ereignisse innerhalb der „Mutter"partei getrennt im Auge behalten sollte. Den in den Medien schon prognostizierten „2. Frühling" der NPD, nach ihren Wahlerfolgen in Westdeutschland in den sechziger Jahren, wird es in den neuen Bundesländern in den neunziger Jahren wohl nicht mehr geben.

Harald Knockeburg

Nazis mußten abziehen

Breites Bündnis verhindert NPD-Aufmarsch in Köln

Die neofaschistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) wollte am 22. Mai in Köln gegen die zu dem Zeitpunkt in der Stadt gastierende Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" demonstrieren. Mehrere tausend Antifaschistinnen und Antifaschisten blockierten jedoch so lange eine der großen Ringstraßen in Köln, bis die Nazis wieder abziehen mußten.

Unter dem Motto „Köln stellt sich quer" hatten sich etwa 3.000 Personen zusammengefunden, um gegen die NPD zu demonstrieren und deren Treiben zu blockieren. Unter den Unterstützern des Aktionsbündnisses befanden sich auch Prominente wie beispielsweise der Talkmaster Alfred Biolek, der Schriftsteller Ralph Giordano oder die Fußballmannschaft des 1. FC Köln.

Etwa 200 Anhänger der NPD hatten sich zu der Demonstration gegen die Ausstellung versammelt, unter ihnen auch vereinzelt Aktivisten der „Deutsche Volksunion" (DVU). Die Polizeiführung hatte den Marschweg der NPD am Tag zuvor kurzfristig geändert und stark gekürzt. Ein Zusammentreffen mit der Gegendemonstration des linken Aktionsbündnisses sollte vermieden werden, so die offizielle Begründung der Polizei. Der Kölner Polizeipräsident hatte die Demonstration mit dem Argument drohender Ausschreitungen ursprünglich verboten. Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln, die das Verbot bestätigt hatte, war am 21. Mai vom Oberverwaltungsgericht Münster aufgehoben worden. Auf der linken Kundgebung kritisierte Ralph Giordano das Gericht in Münster: „Pfui, Schmach und Schande gegen eine Justiz, die das Verbot wieder aufgehoben hat", rief Giordano. Am Vormittag des Tages sei bei ihm ein Brief mit einer Mordrohung eingegangen, in dem er als „alte Judensau" beschimpft worden sei. „Das ist der Geist, dem die Münsteraner grünes Licht gegeben haben."



Sven Skoda (mit heller Jacke) - hier beim Naziaufmarsch in Kiel

Der dann aber schließlich doch gerichtlich genehmigte Aufmarsch der Neonazis durch die Kölner Innenstadt wurde von den Antifaschistinnen und Antifaschisten bereits kurz nach dem Start gestoppt.

Der größere Teil der anwesenden Neonazis stammte aus dem nordrhein-westfälischen Spektrum der sogenannten „Unabhängigen Kameradschaften". Von den bundesdeutschen Kadern waren neben dem ehemaligen JN-Bundesvorsitzenden Holger Apfel, seinem ehemaligen Stellvertreter Achim Ezer auch Peter Naumann, Christian Worch, Thorsten Heise, Markus Privenau, Bernd Stehmann und Meinolf Elbing anwesend. Das „NIT Rheinland" war mit Sven Skoda, Jörg Wagner und Udo Birr ebenso vertreten, wie die „Sauerländer Aktionsfront" (SAF) mit Andreas Wegener und Daniela Becker, die nach dem Tod von Zimmermann und Kubiak die Leitung der SAF übernommen haben. Auch regionale Nazigrößen wie Ralf Tegethoff, Führer der „Unabhängigen Kameradschaft Rhein-Sieg" und der Bonner NPD-Vorsitzende Hans-Robert Klug zählten zu den Anwesenden.

Nachdem der NPD-Zug mehr als drei Stunden blockiert worden war, wurde er von einem massiven Aufgebot der Polizei zum Ausgangspunkt zurückgeleitet, wo sich die Nazis am frühen Abend wieder an ihren Bussen sammelten. Dies sei das mildere Mittel gewesen - gegenüber der Möglichkeit, der NPD eine „Gasse zu prügeln", sagte der Leitende Kölner Polizeidirektor Winrich Granitzka. Die Nazis, die sich durch Parolen wie „Deutsche Soldaten: Heldentaten" begeistert zu den Verbrechern und den Verbrechen der deutschen Wehrmacht bekannten, wurden während der Protestaktion mit Eiern, Tomaten und Farbbeuteln beworfen.

Günther Mauser

Pionierarbeit statt Lobbyismus?

Flügelkämpfe auf dem Burschentag in Eisenach

Der Bemühung um den guten Ruf der „Deutschen Burschenschaft“ (DB) sollte der diesjährige Burschentag gewidmet sein, der vom 27. bis zum 30. Mai in Eisenach stattfand. So jedenfalls hatte es sich die Frankfurt-Leipziger „Burschenschaft Arminia“ gewünscht, die ihr Jahr als DB-Vorsitzende mit der Organisation der Eisenacher Tagung beendete. Sie ist Mitbegründerin der „Burschenschaftlichen Initiative“ – einer Gruppierung, die den Ausgleich zwischen den verschiedenen Flügeln des Dachverbandes von ca. 120 Burschenschaften aus der BRD und Österreich anstrebt.

Schon das Rahmenprogramm wies darauf hin, daß die DB in gemäßigt konservativen Farben erscheinen sollte. Hatten in den letzten beiden Jahren der Anti-Antifaschist Hans-Helmuth Knütter und der Witikobund-Vorsitzende Horst Rudolf Übelacker als Festredner braune Farbspritzer setzen können, so sorgte dieses Jahr der Stargast Helmut Kohl allenfalls für Langeweile. Und während der nächtlichen Totenehrung für kriegerisch verstorbene Burschenschafter, die mit allen drei Strophen des Deutschlandliedes endete und deren faschistoides Pathos kaum zu verschleiern war, versuchte man beinahe ängstlich, die interessierte Öffentlichkeit fernzuhalten.

Trotz aller Mühe mochte es den Frankfurter „Arminen“ nicht so recht gelingen, den gemäßigt konservativen Schein zu wahren. Das lag nicht nur daran, daß zu ihrer eigenen Aktivitas mit Markus Burkhard ein Mitglied der siebenköpfigen Clique gehört, die sich seit Januar an der bundesweiten Ausdehnung des „Republikanischen Hochschulverbandes“ (RHV) versucht, und daß sie selber dem REP-Vorsitzenden Rolf Schlierer im April ihr Haus für einen Vortrag zur Verfügung stellte. Auch die Beschlüsse, die vom Burschentag nahezu einstimmig verabschiedet wurden, legen den völkischen Charakter der gesamten DB offen.

Wie erwartet wurde jegliche Form einer doppelten Staatsangehörigkeit abgelehnt – schließlich habe die DB, so ein Burschenschafter, schon immer den „volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff“ vertreten, der nicht zum „deutschen Volk“ gehörende Menschen aus der Volksgemeinschaft ausschließt. Außerdem beschloß man, bei Außenminister Fischer für die Aufhebung der Beneš-Dekrete einzutreten und die Stärkung der deutschen Sprache als Arbeitssprache in der EU zu fordern. Schließlich machte man sich einen Offenen Brief an Kriegsminister Scharping zu eigen, in dem die Umbenennung von deutschen Kasernen nach nichtdeutschen Personen scharf zurückgewiesen wurde.

Unter der einheitlich völkischen Oberfläche jedoch brodelt es gewaltig. Die Flügelkämpfe zwischen dem völkisch-konservativen Flügel der DB und den Burschenschaften des innerverbandlichen Zusammenschlusses „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ (BG), die sich kaum anders denn als rechtsradikal bezeichnen läßt, spitzen sich zu. Dabei wird vor allem bei internen Wahlen eine eklatante Schwäche des konservativen Flügels sichtbar – seine Kandidaten haben kaum noch eine Chance, sich durchzusetzen. Das liegt sicher auch daran, daß in den letzten Jahren immer mehr konservative Burschenschaften die DB verlassen und sich teilweise in der „Neuen Deutschen Burschenschaft“ organisiert haben.

Mit der zunehmenden Schwäche des konservativen Flügels deutet sich ein Strategiewechsel der DB an. Bisher hatte der Dachverband häufig noch Rücksichten auf gewisse Standards genommen, um innerhalb der politischen Eliten tätige Burschenschafter nicht unnötigem Druck auszusetzen – REP-Mitglieder etwa waren bei internen Ausschußwahlen ganz unbeliebt. Innerhalb der politischen Eliten sind Burschenschafter jedoch zur Zeit wenig erfolgreich. Im Bundestag sind nur drei DB-Mitglieder vertreten – geradezu mickrig etwa im Vergleich zu den elf Abgeordneten, die dem katholischen Korporationsdachverband CV angehören (darunter Jürgen Rüttgers, Friedrich Merz und Klaus Kinkel). Der CV stellt darüberhinaus u.a. den Bundeswirtschaftsminister (Werner Müller) und vier Minister der bayrischen Landesregierung.

Folgerichtig setzt der rechte Flügel der DB auf offene Opposition. „Die Einheit Deutschlands ist mit Sicherheit nicht vollendet“, erklärte Marc Natusch („Rheinfranken Marburg“) auf dem Burschentag wohl mit Blick auf angeblich deutsche Gebiete östlich der BRD. Um die „Einheit Deutschlands“ zu erreichen, sei Pionierarbeit, nicht Lobbyismus vonnöten. Man benötige daher eine prinzipielle Positionierung der DB – ihre „wesentliche politische Stoßrichtung“ müsse geklärt werden.

Auf eine Klärung der politischen Stoßrichtung der DB arbeitet vor allem der „Ausschuß für burschenschaftliche Arbeit“ (AfbA) hin. Inzwischen fest in den Händen der BG, verfügt er seit Juni 1998 über zwei Aktivisten, deren Bünde für neofaschistische Umtriebe bekannt sind: Martin Rosenau („Germania Hamburg“) und Sascha Jung („Danubia München“). Ihre Zusammenarbeit hinterläßt Spuren. So glich die AfbA-Tagung im Oktober 1998 in Frankfurt einer Autorenlesung von „Junger Freiheit“ und „Criticón“. Jüngst war der AfbA an der Koordination der Proteste gegen die Wehrmachtsausstellung in Hamburg beteiligt, und seine nächste Tagung wird unter dem Titel „Doppelte Staatsbürgerschaft und der demographische Wandel in Deutschland“ stattfinden. Begründung für die Themenformulierung auf dem Burschentag: Das „deutsche Volk“ sei „mittel- und langfristig vom Aussterben bedroht“.



Burschenschafter bei Totenehrung im Fackelschein

Auf sorgfältige Vorarbeit des AfbA geht auch der Beschluß des Burschentages zurück, für eine Aufweichung des §130 StGB (rechtliche Grundlage für die Verurteilung von Leugnung der Shoa) einzutreten. Er wurde schon im Januar auf einem AfbA-Seminar gegen Widerstände des konservativen Flügels durchgesetzt. Als Experten kritisierten dort die Rechtsanwälte Horst Mahler und Thor von Waldstein den Volksverhetzungsparagraphen als „Instrument der geistigen Unterdrückung“. Waldstein, ehemaliger Vorsitzender des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB) , hatte im Frühjahr 1998 Hans-Dietrich Sander, den Herausgeber der „Staatsbriefe“, in einem Verfahren nach §130 StGB (Volksverhetzung und Verun-

glimpfung des Andenkens Verstorbener) verteidigt.

Rechte Positionen sollen wohl auch im Hochschulpolitischen Ausschuß der DB vorangetrieben werden. In ihn wurden Wolf-Sebastian König („Libertas Brünn zu Aachen“) und Marc Natusch gewählt. Beide können auf hochschulpolitische Erfahrungen zurückgreifen. König arbeitet für die Burschenschafterliste „Aktiv“, die seit zwei Jahren im Aachener Studierendenparlament vertreten ist; Natuschs Bundesbrüder sind seit 1997 an der Wiederbelebung des RHV in Marburg beteiligt. Beide wollen die vorhandenen Erfahrungen nutzen, um einen Beschluß des vorigen Burschentages umzusetzen: Die DB will bis 2003 in den Selbstverwaltungsorganen aller Hochschulen vertreten sein.

Günstige Voraussetzungen für einen Rechtsruck bietet ein weiterer Faktor: Nach den „Oberösterreicher Germanen zu Wien“ (Mitglied der BG) werden im nächsten Jahr die „Rheinfranken Marburg“ den Vorsitz der DB übernehmen. Im Jahr 2001 könnte dann nach internem Proporz wieder eine BG-Verbindung DB-Vorsitzende werden. Drei Jahre Zeit also für den rechten Flügel, seine Macht zu stärken. Denn auch die „Rheinfranken“ gehören ihm an. Dies zeigen nicht nur die Referenten, die auf ihrem Haus Vorträge hielten (Alfred Mechtersheimer,



Vorwärts, wir marschieren zurück - in die Vergangenheit

Franz Uhle-Wettler, Paul Latussek, Horst Mahler u.a.). Die Rheinfranken haben mehrere Mitglieder des BfB und der REPs in ihrem Bund. Ein „Rheinfranke“ demonstriert gelegentlich mit dem Transparent der neonazistischen „Kameradschaft Northeim“. Ihren Nachwuchs besorgen sich die „Rheinfranken“ mit Anzeigen in „Nation und Europa“. Deren Redaktion gehört mit Karl Richter („Danubia München“) auch ein Burschenschafter an.

Neonazistische Burschen

In Sulzbach veranstaltete die „Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“ (EBA) am 11. Juni einen Vortragsabend mit **Harald Neubauer** (47), dem Mitherausgeber der Zeitschrift „Nation & Europa“. Verantwortlicher der Saalveranstaltung war der ehemalige „Republikaner“ **Michael Dangel** (30). Dangel führte die EBA an, ehe es im Januar 1995 zu einer Razzia in Heidelberg kam. Daraufhin war die neonazistische „Europaburschenschaft“ über mehrere Jahre hinweg inaktiv. „Der Neonazikreis um Michael Dangel organisierte seit Ende 1995 unter wechselnden Bezeichnungen regelmäßig Vortragsveranstaltungen und Liederabende im Raum Heilbronn, an denen bis zu 100 Rechtsextremisten teilnahmen“, so der Verfassungsschutzbericht von Baden-Württemberg. Den Parteigliederungen und -mitgliedern der „Republikaner“ ist es inzwischen untersagt, Veranstaltungen mit dem einstigen REP-Europaparlamentarier und späteren Sprecher der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ Harald Neubauer durchzuführen.

Stefan Peter

„Sprengt den Mast in Südtirol...“

Fragwürdige burschenschaftliche Traditionspflege in Mainz

Von Justiz, Presse und antifaschistischen Kräften weitgehend unbeachtet agierte bislang die „Burschenschaft Germania Halle zu Mainz“. Ihr Dachverband ist die stark nach rechtsaußen tendierende „Deutsche Burschenschaft“ (DB), deren extrem rechter Flügel die „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ (BG) ist - auch diesem gehört die „Germania Halle zu Mainz“ an. Bekanntere Burschenschaften der BG sind die alljährlich vom Verfassungsschutz erwähnte „Burschenschaft Germania Hamburg“ sowie die regelmäßig im neofaschistischen Periodika „Nation & Europa“ werbende „Burschenschaft Frankonia Erlangen“. Die genannten haben quer durch die Geschichte dieser Republik reichende Verbindungen in diversen burschenschaftlichen Kartellen: Entstanden aus dem „Ostwestdeutschen Bund“ 1949, gründeten sie 1959 erneut das bis heute fortbestehende „Schwarz-Weiß-Rote Kartell“ im Rahmen der „Weißen Interessengesellschaft“ (WIG), die 1961 von der BG abgelöst wurde, dem aus dem Zusammenschluß besonders rechtsstehender Bünde institutionalisierten Kern des rechten Flügels der DB. Anlaß für die 1961 bei der „Münchener Burschenschaft Danubia“, ebenfalls einschlägig bekannt, erfolgte Gründung der BG war die ablehnende Haltung der Mehrheit der DB in der Frage der Fusion mit den österreichischen Burschenschaften sowie dem dahinter stehenden völkischen Staatsbegriff, der mittlerweile in der DB durchgesetzt wurde.

Obgleich öffentlich weniger präsent (gemacht) als ihre befreundeten Verbindungen, agiert auch die „Germania Halle zu Mainz“ in einem eindeutigen Spektrum. So standen auf ihrem Veranstaltungskalender für dieses Semester neben Trinkabenden unter anderem Heiner Kappel und der rechte Mulitfunktionär Boris Rupp (ex-REP-Bundesvorstand, Mitunterzeichner der Gründungserklärund des „Instituts für Konservative Bildung und Forschung“ (IKBF), „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland“ (ENiD), Autor in „Junge Freiheit“ (JF), „Nation & Europa“ etc.). Wer - den Werbeplakat der „Germania Halle“ folgend - sich für das „politische Verhalten bierseliger junger Männer während der Studienzeit“ interessierte und eine ihrer Veranstaltungen besuchte, konnte sich einen ersten Eindruck dieses Verhaltens machen, zu dem eine deutliche Nähe zu den rheinland-pfälzischen REP zählt: So kandidierte der derzeitige Schriftwart der „Germania“, Frank Grabert, mehrfach für die REP, und mit Kurt Ekkehart Goldmann konnte die „Germania“ zeitweise den REP-Landesvorsitzenden stellen.

Der „Publikumsbereich“ ihres schlagenden Männerwohnheims beschert plastische Eindrücke des hier gepflegten politischen Verhaltens und der unseligen deutschen Traditionen dieser Verbindung. In den bei Veranstaltungen öffentlich zugänglichen Räumen hängen die Bilder ehemaliger und aktiver Burschenschafter samt Eintrittssemester - einige davon konnten sich selbst in den letzten Jahren nicht entblöden, ihren Beitritt in einem Sommersemester mit der doppelten Sig-Rune, dem SS-Zeichen der Nazis, abzukürzen. Burschenschaften propagieren das Bewahren von Traditionen - eine dieser Traditionen beweist die „Germania Halle zu Mainz“, in dem sie mit alten Bildern an ihr Gründungshaus in Halle an der Saale erinnert, auf das sie nach einem jüngst beendeten Rechtsstreit keinen Anspruch gültig machen kann. Scheinbar einer weiteren deutschen Tradition verpflichtet, hängt daneben ein „Gemälde“, das dieses Haus sowohl mit der Fahne der „Germania“ wie der Hakenkreuzfahne zeigt. Traditionsbewußt ist die „Germania Halle“ auch beim Eintreten für deutsche Minderheiten - so ist ihr Altherrenvorsitzende, der Rechtsanwalt Hans-Joachim Jungbluth, einer der führenden Funktionäre der „Burschenschaftlichen Stiftung für Minderheiten in Europa“, einer Art verbindungsstudentischem „Verein für das Deutschtum im Ausland“. Zur Reihe der öffentlich zur Schau gestellten Reliquien politischer Gesinnung und Werthaltung zählt auch ein Bild als Erinnerung an den Ausflug Mainzer „Germanen“ mit ihrem Alten Herren und Multifunktionär der DB, Dieter Niederhausen, nach Südtirol im Jahre 1985. Niederhausen war Anfang der 70er Jahre auch Vorsitzender der BG.

„Verziert“ wurde das Bild mit der Überschrift: „Sprengt den Mast in Südtirol...“. Der Bezug zum von Burschenschaften mitzuverantwortenden Südtirolterrorismus, der zahlreiche Menschenleben kostete und dessen Aktivisten bis heute in den Reihen der Burschenschaften und bei Neofaschisten als „Südtirolbumser“ verharmlost werden, liegt auf der Hand.

Lars Kohn

Verurteilt und doch frei

Der SS-Scherge wirkte desinteressiert. Lieber wandte sich Alfons Götzfrid mehrfach dem Publikum zu, als der fast 90minütigen Urteilsbegründung des Landgerichts Stuttgart zu folgen. Fast gelangweilt und mit starrer Miene nahm der 79jährige Spätaussiedler den Schuldspruch auf: Zehn Jahre Freiheitsstrafe wegen Beihilfe zum Mord in 17.000 Fällen. Anschließend durfte Götzfrid nach Hause gehen, weil die Strafe als verbüßt gilt.

Götzfrid kann seinen Lebensalltag wie gewohnt fortsetzen, weil er bereits in der ehemaligen Sowjetunion verurteilt worden war und dort elf Jahre Zwangsarbeit abgeleistet hatte.

Die Staatsanwaltschaft hatte bei „einem der letzten deutschen NS-Prozesse" (Asmus Hess in „Der Stern") wegen der nachweislichen Beteiligung von Götzfrid an Massenexekutionen von Juden während des Nationalsozialismus eine Freiheitsstrafe von 13 Jahren gefordert. Allerdings hatten sowohl Staatsanwaltschaft wie auch Verteidigung gefordert, eine Strafe auf das Urteil anzurechnen, die Götzfrid 1947 bis 1958 in einem sibirischen Arbeitslager verbüßt hatte.

Am 3. November 1943 hatte Götzfrid im Konzentrationslager Majdanek in Polen an einer Massenexekution von Juden teilgenommen, der die Nazis den Decknamen „Aktion Erntefest" gegeben hatten. Allein in Majdanek wurden innerhalb weniger Stunden mindestens 17.000 Menschen durch Kopf- und Genickschüsse ermordet. Weitere 23.000 Frauen, Männer und Kinder fielen in den Lagern Trawniki und Poniatowa dem Morden zum Opfer. Die Aktion wurde streng geheimgehalten, die Exekutions-Kommandos erhielten erst am Morgen ihre Befehle.

„Einen Vorgang des Grauens" nannte auch der Stuttgarter Richter Klaus Teichmann das Morden in Majdanek, an dem Alfons Götzfrid aktiv beteiligt war. Ein endloser Menschenzug wurde zu den Erschießungsgräben getrieben, die zuvor von späteren Opfern unter dem Vorwand, es handle sich um Schutzgräben für Bombenangriffe, ausgehoben werden mußten. Um die verzweifelten Schreie und die Schüsse zu übertönen, dröhnte aus den Lautsprechern des Lagers Unterhaltungsmusik. Der damals 24jährige hatte neben dem Nachladen von Waffen auch mindestens 500 Menschen eigenhändig erschossen, wie die Staatsanwaltschaft betonte, was jedoch von Götzfrid in der Verhandlung bestritten wurde. Der SS-Mann behauptete, ihm sei schlecht geworden und er habe deshalb nur Magazine von Pistolen und Gewehren aufgefüllt. Bei früheren Vernehmungen hatte der Angeklagte seine aktive Beteiligung an der Massenexekution jedoch wiederholt eingeräumt. In einer Vernehmung vom 12. August 1960 hatte Götzfrid gegenüber einem Major des KGB sogar wörtlich gestanden: „Ich persönlich habe im Lubliner Lager mindestens 500 Personen exekutiert."



Alfons Götzfrid, nach Verurteilung wieder in Freiheit.

Oder etwa 1973, als Götzfrid sich über seine Beteiligung an der Ermordung von 12.000 Juden im Krimgebiet äußerte. Eine Gruppe nach der anderen sei erschossen worden, „so ging es weiter, bis der jeweilige Grabenabschnitt voll war." Wenn eine Frau ein Kind auf dem Arm trug und es zu schützten versuchte, so Götzfrid seinerzeit, „tötete man zuerst die Mutter und erstickte dann das Kind". Auch gab Götzfrid zu, an der Massenermordung durch sogenannte „Seelentöter-Autos" beteiligt gewesen zu sein: Bei laufendem Motor wurden die Abgase eines LKW über das Auspuffrohr ins Wageninnere geleitet, wo mehr als 40 Menschen aneinandergepfercht saßen. Götzfrid seinerzeit hierzu: „Ich habe Leute mit Gewalt in Vergasungswagen gestoßen." Im Schlußwort vor dem Stuttgarter Landgericht Ende Mai 1999 betonte Götzfrid hingegen: „Ich kann doch nicht für das ganze Kriegsgeschehen verantwortlich gemacht werden" und: „Befehl ist Befehl".

Der Angeklagte wuchs in der Ukraine auf und wurde 1941 beim Einmarsch der Deutschen in die Sowjetunion Wehrmachtssoldat. Er war Mitglied in der Einsatzgruppe D, in der Kaukasischen Kompanie und diente beim Kommandeur der Sicherheitspolizei (KdS) in Lwow. Nach Angaben des Gerichts soll er darüberhinaus mehreren Mordkommandos angehört haben, deren einzige Aufgabe es war, „Menschen zu erschießen und zu vergasen". So machte auch Oberstaatsanwalt Kurt Schrimm in seinem Plädoyer vor dem Stuttgarter Landgericht deutlich: „Das Verbrechen an den Juden war nur durch Tausende kleiner Götzfrids möglich." Die Prozesse gegen sie stehen freilich noch aus. Götzfrids Verteidigung legte hingegen Revision gegen das Urteil ein, wie Götzfrids Rechtsanwalt Dieter König verlauten ließ.

Le Pen wegen Volksverhetzung verurteilt

Der Gründer des französischen „Front National" (FN), Jean-Marie Le Pen, ist Anfang Juni von einem Münchener Amtsgericht per Strafbefehl wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Le Pen hatte die von den Nationalsozialisten errichteten Gaskammern bei einer öffentlichen Veranstaltung als „Detail der Geschichte" bezeichnet und sich damit der Verharmlosung des Massenmordes an den europäischen Juden schuldig gemacht. Laut Gesetz wird mit bis zu fünf Jahren Haft bedroht, wer den NS-Völkermord „in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost". Zur Höhe der gegen Le Pen verhängten Geldstrafe machte der Leiter der zuständigen Staatsanwaltschaft, Manfred Wick, keine Angaben.

SS-Obersturmbannführer frei

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat ihre Ermittlungen gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Johannes Thümmler mangels Beweisen Anfang Juni weitgehend eingestellt. Dem 92jährigen Thümmler war vorgeworfen worden, als Vorsitzender des Polizeistandgerichts Kattowice in Polen von Oktober 1943 bis Januar 1945 an mehr als 1.000 Todesurteilen beteiligt gewesen zu sein. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft gibt es trotz umfangreicher Ermittlungen nicht genügend Beweise, um ihm den Vorwurf des Mordes nachzuweisen. Lediglich in drei Fällen, bei denen es um den Tod von zwei 14 und 16 Jahre alten Mädchen sowie einer schwangeren Frau geht, soll weiter ermittelt werden.

Die Staatsanwälte hatten unter anderem Material aus Archiven in Warszawa, Kattowice und Oswieciem ausgewertet. Schriftliche Todesurteile seien nicht gefunden worden. Das Polizeistandgericht Kattowice tagte nach Angaben der Ermittler im berüchtigten Block 11 des Konzentrationslagers Auschwitz. Die Verhandlungen sollen meist nur wenige Minuten angedauert haben, wobei die Opfer weder eine Anklageschrift erhielten noch von einem Verteidiger vertreten wurden. Die verhängten Todesurteile seien häufig direkt nach dem Prozeß durch Erschießen oder Vergasen vollstreckt worden.

Bereits 1963 im „Auschwitz-Prozeß" hatte Thümmler zugegeben, in dem Vernichtungslager als Vorsitzender eines Standgerichts tätig gewesen zu sein, das Menschen zum Tode verurteilte.

Peinlicher Ausrutscher?

Ob der Online-Anbieter "buecher.de" bzw. seine Werbeagentur grob fahrlässig handelten, bedarf noch genauerer Untersuchungen. Keine Frage ist dies beim Fußballspieler Thomas Berthold. In einer Anzeige, die in der "Süddeutschen Zeitung" (SZ) am 18. Mai 1999 erschien, wird Werbung für ein antisemitisches Machwerk gemacht, das zumindest in der Bundesrepublik und der Schweiz verboten ist. Thomas Berthold galt bisher lediglich in der Bundesliga als "enfant terrible". Diesen Titel erwarb er sich auf dem Fußballplatz durch teilweise grobe Unsportlichkeiten sowie mehrere verbale Entgleisungen außerhalb des Spielfeldes. Der derzeit noch beim VfB Stuttgart unter Vertrag stehende Spieler muß nun wohl auch im antifaschistischen Spektrum Beachtung finden.

Bei dem Online-Anbieter "buecher.de" handelt es sich um ein relativ junges Unternehmen. Es wurde 1996 gegründet. Im Aufsichtsrat befinden sich prominente Verleger wie beispielsweise Dr. Florian Langenscheidt. In der großformatigen Anzeige gab "buecher.de" Berthold die Gelegenheit, der Öffentlichkeit seine Lieblingsbücher anzupreisen. In der Kategorie "Mein Lieblings-Fachbuch" kritzelte Berthold "J. v. Helsing – Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20 Jhd.". Das antisemitische Machwerk von Jan van Helsing alias Jan Udo Holey wurde im April 1996 aufgrund eines Beschlusses der Staatsanwaltschaft Mannheim bundesweit beschlagnahmt. Gegen Holey wurde ein Verfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Als wäre die Anzeige nicht schon schlimm genug, wirbt "buecher.de" darüberhinaus noch mit dem Satz: "Das Lieblingsbuch von Thomas Berthold (...) finden Sie im Internet unter www.buecher.de." Zwar findet sich nicht das beschlagnahmte Buch im Lager, aber dafür bekommt man von van Helsing sein ebenso vom "Ewert-Verlag" herausgegebene Buch "Der III. Weltkrieg". Festzuhalten bleibt allerdings: "buecher.de", Thomas Berthold und die "Süddeutsche Zeitung" machen Werbung für ein verbotenes Buch. Fragt sich, wie die bundesdeutschen Behörden darauf reagieren.

Peter Gingold

Auschwitz für den NATO-Krieg instrumentalisiert

Es war kein Zufall, daß Wochen vor Beginn der Bombardierung Jugoslawiens der bundesdeutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping mit einer Abordnung der Bundeswehr die Gedächtnisstätte Auschwitz besuchte, um dort zu erklären, damit sich ähnliches nicht wiederhole, müssen deutsche Soldaten in den Kosovo. Somit war der NATO-Krieg ideologisch und moralisch vorbereitet. Überlebende Auschwitzhäftlinge, entsetzt über diese Schändung von Auschwitz, mit der die deutsche Bevölkerung auf den Krieg eingestimmt werden sollte, brachten ihre helle Empörung in einer Presseerklärung des Auschwitzkomitees zum Ausdruck. Die Massenmedien haben diese überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Nun begann mit dem Bombenterror gegen Jugoslawien der Propagandaterror gegen die deutsche Bevölkerung in einem unglaublichen Ausmaß, als drohe tatsächlich ein Auschwitz.

Aus der Aussage „Nie wieder Krieg!" wurde „Nie wieder Auschwitz!" - ein Satz, dem sich Deutsche angesichts ihrer geschichtlichen Vergangenheit besonders verpflichtet fühlen müßten. Die Zustimmung in einem großen Teil der Bevölkerung für den NATO-Krieg hat vor allem die daraus resultierende Verpflichtung, eine Wiederholung mit militärischem Eingreifen zu verhindern, hervorgerufen: Völkermord, Genozid, KZ, ethnische Vertreibung, die täglichen Schreckensmeldungen von Mörderbanden, Massakern, Massenabschlachtung, Massenvergewaltigung. Und vor allem die Bilder von Flüchtlingsströmen, das Leiden und Elend der Flüchtlinge, das ausschliesslich Milosevic angelastet wurde und abend für abend auf den Bildschirmen zu sehen war. Die Tragödie der unendlichen Züge von Flüchtlingen, die niemand unberührt ließen, als seien es Deportationen in die Massenvernichtung. Ja sogar von Selektion ist die Rede gewesen, was an die Rampe von Auschwitz erinnerte. Serben gleich SS, so die Rechnung, und Milosevic gleich Hitler.

Und von Außenminister Joschka Fischer war immer und immer wieder zu hören: „Weil ich an Auschwitz denke, müssen wir militärisch eingreifen". Gegen diese Infamie, Auschwitz derartig zu instrumentalisieren, die Toten von Auschwitz zur Rechtfertigung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges zu mißbrauchen, haben sich Überlebende des Holocaust in einem offenen Brief an den Außen und Verteidigungsminister verwahrt und diese Handlungen als neue Art der Auschwitzlüge angeprangert.

Im Unterschied zur alten Auschwitzlüge, die versucht, Auschwitz zu leugnen, banalisiert, verniedlicht und verharmlost diese neue Art der Auschwitzlüge das in der Weltgeschichte entsetzlichste Verbrechen an der Menschheit, in dem es diesen Zivilisationsbruch gleichsetzt mit dem, was im Kosovo an Barbarei geschieht.

Welch eine Ungeheuerlichkeit ist diese Gleichsetzung mit Auschwitz, mit Holocaust, mit Vernichtung, Ausrottung der gesamten europäischen jüdischen Bevölkerung, 6 Millionen Menschen, eine halbe Million Sinti und Roma, aber auch Millionen der slawischen Bevölkerung. Menschen wurden wie Ungeziefer ausgerottet, nur weil sie geboren worden waren, wurden sie als ‚unwertes Leben' vernichtet. So schlimm auch das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen im Kosovo sein mag: Ach hätten die Millionen Ausgerotteten nur das zu erleiden gehabt, was heute passiert. Wären sie nur vertrieben worden, aber hätten dafür ihr Leben erhalten können! Galt bisher Auschwitz als Warnung vor Krieg und Barbarei, gilt nun Auschwitz als moralische Rechtfertigung von Angriffskriegen! So also nun als Vergangenheitsbewältigung, Auschwitz wiedergutgemacht, vom historischen Ballast der Nazivergangenheit befreit! Nein, es darf nicht sein, daß die deutsche Vergangenheit zu einer Ermächtigung wird, sich guten Gewissens über das Völkerrecht hinwegzusetzen!

Peter Gingold ist antifaschistischer Widerstandskämpfer, Mitglied des Auschwitzkomitees der BRD und Bundessprecher der VVN-BdA

NPD in Waiblingen

Am 5. Juni 1999 veranstaltete die NPD eine Wahlkampfveranstaltung in Waiblingen mit knapp 100 Teilnehmern. Gegen das Auftreten der „Nationaldemokraten" in der schwäbischen Kleinstadt demonstrierten nach Polizeiangabe 300 bis 400 Personen. Als Anmelder und Redner der rechtsextremen Kundgebung fungierte Julius Jäger vom NPD-Kreisverband Rems-Murr. Der NPD-Landesvorsitzende Michael Wendland (28) sprach ebenfalls auf dem von der Polizei abgeschirmten Marktplatz unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu seinen mit zahlreichen Fahnen ausgestatteten „Kameraden".

Schwarze-Sonne-Versand

Der „Wiking Tonträgerversand" (WTTV) firmiert seit kurzem als „Schwarze Sonne Versand" mit Sitz in Friedberg nahe Augsburg. Der aktuelle vierseitige Versandkatalog umfaßt die üblichen NS-Devotionalien: Anstecker, Aufnäher, Feuerzeug („I love Skinheads"), Flaggen, ein „farbiges Bild Rudolf Hess in einem handbearbeiteten Holzrahmen", Kettenanhänger („Thorshammer") und Tonträger von „Faustrecht", „Wolfsrudel", „Südsturm" und weiteren, zumeist deutschen, Naziskinbands können erworben werden. Den Anfang 1997 gegründeten damaligen „Wiking Tonträgerversand" betrieb der JN-Aktivist Alexander Feyen (23) anfänglich zusammen mit René Rodriguez-Teufer (24) aus dem südhessischen Viernheim. Rodriguez-Teufer war Aktivist der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" und der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei". Zunächst in Hemsbach bei Heidelberg (Rhein-Neckar-Kreis) beheimatet, verlegte Feyen seinen Sitz nach Neuburg a.d.Donau und war dort über den „Deutsche Stimme Versandhandel" der NPD zu erreichen.

Samuel Salzborn

Getrennt kämpfen, vereint schlagen

Die „Vertriebenen“ und der Krieg gegen Jugoslawien

Die „Bilder vom Völkermord, von Vertreibung und Enteignung im Kosovo“, schrieb der Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL), Franz Neubauer, Anfang April an seine Landsleute, die „täglich zu uns gelangen, rufen in uns die Erinnerung an jene furchtbaren Ereignisse am Ende des Zweiten Weltkrieges wach, als wir Sudetendeutschen aus unserer Heimat vertrieben wurden. Mit Entsetzen müssen wir feststellen, wie sich die Bilder gleichen.“ Das völkische Kollektiv - „wir Sudetendeutsche“ - wisse aus eigener Erfahrung, was „die Menschen im Kosovo durchmachen“ und fühle „mit ihnen“.

Doch es sollte nicht nur bei den bloßen Worten bleiben: „Wir wollen helfen, um die Not und das Elend der Menschen im Kosovo zu lindern. Die Solidarität mit den Menschen im Kosovo wird auch die deutsche und internationale Öffentlichkeit für unser Schicksal sensibilisieren!“

Begonnen hatte die Argumentation der „Vertriebenen“ mit einer moralischen Entrüstung, die sich einreihte in den allgemeinen antijugoslawischen Aufschrei, in die Empörung über vermeintliche oder reale Fluchtbewegungen kurz nach Kriegsbeginn. Der Fokus richtete sich dabei nicht auf die zerbombten Häuser der jugoslawischen Bevölkerung oder auf vor Bombenangriffen flüchtende Serbinnen und Serben. Er isolierte vielmehr eine Fluchtbewegung im Kosovo aus dem Kontext, deren Umfang und Ursächlichkeit im übrigen bis heute von keinem unabhängigen Gremium zweifelsfrei ermittelt wurde: „Der Bund der Vertriebenen verurteilt aufs schärfste die Verbrechen, die von serbischem Militär und von serbischen paramilitärischen Banden an der albanischen Bevölkerung im Kosovo begangen werden. Diese ethnischen Säuberungen schlimmsten Ausmaßes und schlimmster Art verstoßen gegen jegliches Gebot zivilisierter Gesellschaften und der Humanität.“ Diese Anfang April abgegebene Erklärung wurde bereits wenige Tage später ergänzt um den Versuch der historischen Relativierung: „Angesichts der täglichen Bilder, die uns von der Vertreibung der Kosovo-Albaner übermittelt werden, wird bei vielen Deutschen die Erinnerung an das eigene Schicksal, die eigene Vertreibung aus der Heimat wieder lebendig. Die überfüllten Flüchtlingszüge, die Angriffe auf wehrlose Menschen in den Flüchtlingstrecks durch serbische Banden, die Entkräftung der Älteren, die vor Schwäche sterben, alles, was jetzt in den täglichen Fernsehbildern gezeigt wird, haben die deutschen Vertriebenen am eigenen Leib erfahren.“

Völkischer Sprengstoff

In beiden Fällen, dem der Flucht der Kosovo-Albaner und dem des Bevölkerungstransfers der Deutschen, werden die Beteiligten für unschuldig gehalten und für an den vorangegangenen Vorgängen, einerseits der Zerschlagung Jugoslawiens, anderseits dem Nationalsozialismus und dem deutschen Massenmord an den europäischen Juden, unbeteiligt. So schreibt Herbert Hupka, Vorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien“, dass die Deutschen 1945 umgesiedelt worden seien, „weil sie Deutsche waren“, die „zusätzlich und sogar vordergründig als die Schuldigen“ für „die Verbrechen Hitlers und seiner Gefolgsleute“ galten. Dieser „Makel des Schuldhaften wurde Unschuldigen aufgedrückt. In der versuchten Rechtfertigung für die damaligen Geschehnisse wird bis heute die angebliche Schuldverstrickung der deutschen Vertriebenen behauptet.“

Diese „angebliche Schuldverstrickung“ war jedoch weitaus mehr, als nur eine Verstrickung. Da an vorderster Front der „Vertriebenenverbände“ zur Verknüpfung von Flucht der Kosovo-Albaner und Umsiedlung der Deutschen die SL kämpft, läßt sich anhand einiger auf die Geschichte der „Sudetendeutschen“ bezogenen Fakten zeigen, was das heißt. Die Basis für die Zerschlagung der Tschechoslowakei im Jahre 1938 bildete die „sudetendeutsche“ Bevölkerung. Bei den Gemeindewahlen im Sommer 1938 brachte es die „Sudetendeutsche Partei“ auf bis zu über 90 Prozent der Stimmen in einigen Gemeinden, wobei die „Sudetendeutschen“ geradezu in die faschistische sogenannte „Henleinbewegung“ drängten - fast jeder zweite war Mitglied. Aufgrund der in der Tschechoslowakei von den „Sudetendeutschen“ entfachten Unruhen konnte Hitler gegenüber den Westmächten Ende September 1938 das Münchener Abkommen durchsetzen. Ein großer Teil der nicht-deutschen Bevölkerung wurde aus den Gebieten, die Deutschland damit zugeschlagen wurden, vertrieben, viele davon ermordet, die aus anderen Regionen nach dort umgesiedelten Deutschen (bspw. sogenannte Bessarabien- und Dobrudscha-Deutsche) erhielten die Höfe und das Land enteigneter jüdischer und tschechischer Bauern.

Bei den Reichstagsergänzungswahlen Ende 1938 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von fast 100 Prozent unter den „Sudetendeutschen“ über 98 Prozent für die Nationalsozialisten, wobei ein möglicher Einwand - dass diese Wahlen nicht mehr „frei“ stattfanden - zu kurz griffe: Der Historiker Volker Zimmermann vergleicht in einer Untersuchung die Stimmen der „Sudetendeutschen“ und die der Tschechen, wobei letztere eher geneigt waren, gegen die Einheitsliste zu stimmen. Konsequenterweise stand der Reichsgau Sudetenland bezüglich der NSDAP-Mitgliedschaften in Relation zur Bevölkerungsstärke auch an der Spitze aller Gaue.

Diese Rolle der „Sudetendeutschen“ als völkischer Sprengstoff in der Tschechoslowakei war es, die die Alliierten dazu veranlaßte, die deutsche Bevölkerung auf Grundlage des Artikels XIII des Potsdamer Abkommens aus den eroberten und annektierten Gebieten auszuweisen. Es ging dabei eben nicht um eine abstrakte Kollektivschuld, sondern um die Individualverantwortung und -schuld jedes einzelnen. In Bezug auf die anderen ehemaligen deutschen Ostgebiete sei nur an die brutale Politik des Generalplan Ost erinnert und die damit verbundenen Germanisierungsmaßnahmen, bei der ein Großteil derer, die später umgesiedelt werden sollten, erst auf polnisches Territorium gelangte.



In allen „Vertriebenenblättern“ der gleiche Tenor: Kosovo als Rechtfertigung für revanchistische Ansprüche

Haben die „Vertriebenenverbände“ erst die Geschichte ihrer Entstehung ins Reich der Mythen verbannt und damit die Existenz von historischen Kausalzusammenhängen negiert, erfolgt schließlich die Personifikation des Bösen: Hitler - Beneš - Miloševic. Im Zuge einer langanhaltenden Debatte auf den Leserbriefseiten der FAZ behauptete etwa Michael Leh, dass der Hinweis, Beneš habe gegen die Natio-

nalsozialisten gekämpft und könne deshalb nicht mit Hitler in einem Atemzug genannt werden, „ins Leere“ gehe, weil „Mord und Totschlag bleiben Mord und Totschlag“. Leh arbeitet regelmäßig für den „Deutschen Ostdienst“, das „Ostpreußenblatt“, die „Schlesischen Nachrichten“ und die „Sudetendeutsche Zeitung“ und ist somit Autor in sämtlichen wichtigen Blättern der „Vertriebenenverbände“. Beneš, so Leh in seinem Brief an die FAZ weiter, gehöre sehrwohl zu den „großen, erfolgreichen 'ethnischen Säuberern' dieses Jahrhunderts“, zu denen auch Miloševic zu zählen sei.

Um den ehemaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš rankt sich eine der großen Legenden der „Vertriebenenverbände“, insbesondere innerhalb der SL. Die als Beneš-Dekrete bekanntgewordenen Verordnungen werden von den „Sudetendeutschen“ verantwortlich gemacht für angebliche Verbrechen während der Umsiedlung. Im Zuge des Wiederaufbaus der Tschechoslowakei erfolgte der Erlaß verschiedener Dekrete, die unter anderem die Bestrafung der nazistischen Verbrecher und die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft zum Inhalt hatten. Letztgenanntes Verfassungsdekret erkannte den Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft ab, wobei Personen, die für die Befreiung der Tschechoslowakei gekämpft oder sonstwie antifaschistische Arbeit geleistet hatten, hiervon ausgenommen waren. Wenn die „Vertriebenenverbände“ also Beneš in die Reihe zu Hitler gesellen, versuchen sie die deutschen Verbrechen gegen den antifaschistischen Kampf auszuspielen. Dass Miloševic an die Namenskette angeschlossen wird, verleiht der Personifizierung die Absolution: „Eines muß festgestellt werden, Herr Milosevic ist ein Verbrecher - aber er ist eben auch nicht schlechter als diejenigen, die genauso gewissenlos die ethnische Säuberung der Deutschen aus den von ihnen Jahrhunderte lang besiedelten Heimatgebieten mit fast noch größerer Brutalität betrieben haben.“ (Paul Latussek in „Deutsche Umschau“ 5/99)



Herbert Hupka (Bildmitte mit Schnurrbart) nutzt die Gunst der Stunde und klagt das „Recht auf die Heimat“ ein. (Hier mit Helmut Kohl)

Profite für sich ziehen

„Hätte man die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg genauso intensiv aufgearbeitet wie die NS-Vergangenheit“, wußte die BdV-Präsidentin Erika Steinbach zu berichten, „hätte es die Vertreibung unter Milosevic vermutlich nie gegeben.“ Aus dem perfiden Vergleich zwischen Opfern von Deutschen und deutschen Tätern sowie durch die Mystifizierung der konkreten Ereignisse stilisieren sich die „Vertriebenen“ zu allgegenwärtigen Richtern. Hätte es ihre Umsiedlung nicht gegeben, dann würde es in dieser Logik bleibend auch heute keine Fluchtbewegungen geben: „Die Vertreibung widerspricht allen Grundsätzen der Menschenrechte und dient letztlich dem Ziel, die Heimat von Millionen Albanern zu vernichten“, heißt es in einer Erklärung der sozialdemokratischen Gesinnungsgemeinschaft innerhalb der SL, der „Seliger-Gemeinde“ (SG). Weiter wird behauptet, dass die „Siegermächte des 2. Weltkrieges durch die Potsdamer Erklärung die Vertreibung von Völkern leider als Mittel der Politik zugelassen haben“, worauf die „heutigen Vertreiber Bezug“ nehmen würden. Deshalb erklärt sich die SG „solidarisch mit den geschundenen Opfern der Vertreibung im Kosovo“.

Diese Solidarität der „Vertriebenen“ ist vor allem ein Hebel zur Durchsetzung der eigenen Anliegen, der Versuch, aus dem Krieg gegen Jugoslawien und der Flucht der Kosovo-Albaner „Profite für sich zu ziehen“, wie es die linksliberale polnische Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ ausdrückte. Die politische Konsequenz aus dem Krieg gegen Jugoslawien soll die Ächtung jedweden Bevölkerungstransfers sein und, weil er als Grundübel ausgemacht wurde, an erster Stelle desjenigen an der deutschen Bevölkerung infolge des ihm durch die Vertreibung geraubten Rechtes auf die Heimat“ (Herbert Hupka), im Zweifel auch unterstützt durch deutsche Kampfflugzeuge. Durch diese Analogiekette der „Vertriebenen“ wird die Umsiedlung der Deutschen auf das reduziert, was sie eigentlich ist: eine Moralkeule, mit der sich die Deutschen „ihr Recht“ und „ihre Heimat“ wiedererkämpfen wollten und wollen. Ein Mittel, um eigene expansive Interessen legitimieren zu können und sich selbst als Opfer darzustellen.

„Wer das Recht auf die Heimat einforderte, galt jahrzehntelang als Störenfried“, schreibt Gernot Facius in der „Welt“. Wer dieses „Recht auf die Heimat“, also auf polnisches oder tschechisches Staatsterritorium einforderte, habe „den Zeitgeist gegen sich“ gehabt und sei „als Ewiggestriger stigmatisiert, als Revanchist“ tituliert worden. Erst die „blindwütigen Vertreibungen im Kosovo haben das Bewußtsein der Menschen verändert“. Die „Welt“ macht sich zurecht im Geiste der „Vertriebenen“ Gedanken darüber, wohin der Krieg gegen Jugoslawien vor allem Deutschland bringen könnte: „Hat die Parallele zum Schicksal der Kosovaren Konsequenzen für die Sudetendeutschen und andere Vertriebene? Können sie auf ein Rückkehrrecht hoffen, von dem sie dann Gebrauch machen oder nicht? Die Antwort lautet: Ja, wenn die politische Klasse in Deutschland es will.“ Im gleichen Tenor und dasselbe Ziel vor Augen, heißt es in der „Zeit“: „Es ist gut, dass es keinen deutschen Revanchismus mehr gibt, keine Gebietsansprüche und keine offenen Grenzfragen. Aber der kollektive Gedächtnisverlust in Sachen Vertreibung ist schädlich. [...] In Wahrheit aber setzt sich dort (im Kosovo; Anm.d.Verf.) eine nur allzu europäische Geschichte dieses Jahrhunderts fort, und eben noch waren wir selbst ein Teil davon.“ So wie man „eben noch Teil“ der Geschichte gewesen ist - als vermeintliches Opfer - will man es jetzt auch wieder sein: als entschädigtes Opfer.

Was den Autoren der „Welt“ und den der „Zeit“ über diesen Konsens hinaus verbindet, ist der unbedingte Wille, nicht wieder mit den eigenen Forderungen als Ewiggestriger dazustehen, sondern sich der internationalen Staatengemeinschaft im Rücken zu wissen, wenn man das deutsche „Recht auf die Heimat“ durchsetzt. Dass dabei auch andere Volkstumskämpfer, wie etwa die Kosovo-Albaner, dieses „Recht“ für sich nutzen werden, stört nicht. Ist man sich doch in der völkischen Sache einig: „Wir werden nicht aufgeben! Wir werden nach Hause zurückkehren“, hatte der Ministerpräsident der sogenannten Exilregierung der Republik Kosovo, Bujar Bukoshi, in seinem Grußwort beim 50. „Sudetendeutschen Tag“ unter großem Beifall festgestellt. Getrennt kämpfen, vereint schlagen.

„Fritz“ selbständig

In der aktuellen Ausgabe von „Fritz“, Organ der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO), findet sich auch ein Bericht über das JLO-Pfingstlager in Ostpreußen. „Bereits zum siebten Mal pilgerte der ostpreußische Nachwuchs zu Pfingsten nach Ostpreußen, diesmal zum Hofe der Familie Pieczkowski in Spiegelberg.“ Das Blättchen „Fritz“ wird in Zukunft nicht mehr als Beilage des „Ostpreußenblattes“, sondern wieder als eigenständiges Organ erscheinen. Die JLO ist der derzeit aktivste offen revanchistische Jugendverband in der Bundesrepublik. Anfang diese Jahres tauchten sogar in Winterthur in der Schweiz („Aufruf an die Jugend der Deutsch-Schweiz. Kommt zur Jungen Landsmannschaft Ostpreußen!“) Flugblätter der JLO auf. Der Bauingenieurstudent Ingo Henn aus dem baden-württembergischen Wilhelmsdorf zeigte sich für die Aktion verantwortlich. Zu den nächsten Veranstaltungen der JLO gehören die Teilnahme am Nimwegen-Marsch in den Niederlanden Ende Juli und das Bundestreffen vom 1. bis zum 3. Oktober.

Samuel Salzborn

Arroganz der Selbstverwaltung

Die „deutsche Minderheit" in Polen vergrößert ihre Macht

Jozef Herda ist verzweifelt: „Ich will nicht, daß mein Kind aus der Schule kommt und mich (auf deutsch) 'Vater' nennt", erklärte er dem polnischen Nachrichtenmagazin „Polityka". Herda protestiert zusammen mit anderen Bürgerinnen und Bürgern gegen die Auflösung einer Schule in dem Dorf Kotlarnia in der Republik Polen.

Vor dem kleinen Schulgebäude wehen Fahnen in Rot-Weiß, den Nationalfarben Polens. Die Eltern demonstrieren gegen die Auflösung der Schule im Zuge der Schulreform und gegen die „Arroganz der Selbstverwaltung". Doch nicht die Sorge um möglicherweise länger werdende Schulwege oder schlechte Busfahrzeiten, wie etwa in der Bundesrepublik üblich, ist der Grund für den Hilferuf der Eltern. Vielmehr fürchten sie die Überrollung durchs Deutschtum.

Die Mehrheit der Bevölkerung in der Gemeinde Bierawa im südöstlichen Einzugsbereich von Kozle gilt als „autochthon". Zu dieser Gemeinde zählt auch die Ortschaft Kotlarnia. Diese als „autochthon" titulierten Bürgerinnen und Bürger berufen sich auf eine deutsche Herkunft und dürfen deshalb seit dem Zusammenbruch des Ostblocks wieder ihre vermeintlichen kulturellen und sprachlichen Wurzeln pflegen. Kurz: dem Deutschtum huldigen.

Im Gegensatz zu den Polen verfügt diese „deutsche Minderheit" mehrheitlich auch über zwei Pässe - den deutschen und den polnischen. Der Großteil der in Polen lebenden „deutschen Minderheit" hat seit der deutschen Einheit die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt und auch bekommen. Auf ihren polnischen Paß mußten sie dabei keineswegs verzichten. Aktuellen Schätzungen zufolge leben circa 170.000 bis 200.000 Menschen in Polen, die sowohl über einen polnischen wie auch einen deutschen Paß verfügen. Dieser Doppelpaß stellt vor allem die Möglichkeit des ökonomischen Wohlstandes dar. Denn wer auch im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft ist, kann problemlos in Deutschland arbeiten. Für die meisten der polnischen Bürger ist die Westgrenze zu Deutschland bisher vor allem noch eine Wohlstandsgrenze. Die „deutsche Minderheit" nutzt dies hingegen.

Zu den Vorteilen für die „deutsche Minderheit" gehört auch der Schulunterricht in deutscher Sprache. Bereits im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag von 1991 waren „Minderheiten" als „natürliche Brücken" definiert worden, die ihre „ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck" bringen dürfen. Unterstützung wurde der „deutschen Minderheit" auch materiell von bundesdeutscher Seite zuteil: von 1990 bis 1997 wurde ihre Arbeit mit mehr als 175 Millionen Mark vom deutschen Bundesinnenministerium finanziert, wobei das Geld vor allem für die Förderung der deutschen Sprache aufgewandt wurde.

In den Dörfern der Gemeinde Bierawa besteht lediglich in Kotlarnia die Mehrzahl der rund 900 Einwohner aus sich nicht als deutsch definierenden Menschen. Die bevorstehende Schließung der Dorfschule ist nun für einen Großteil der Eltern gleichbedeutend mit einer Germanisierung. Denn diese Schule ist die einzige der ganzen Gemeinde, in der die deutsche Sprache nicht im Status einer Muttersprache angeboten wird. Wenn Deutsch als erste Sprache unterrichtet würde und nicht etwa mehr als Fremdsprache erlernt werden könne, fürchten die Eltern, werde man ihre Kinder auch als Deutsche ansehen und nicht mehr als Polen. Dies macht sich beispielsweise bei der Bewerbung um Arbeitsplätze bemerkbar, wenn die polnischen Kinder in ihren Zeugnissen Deutsch als muttersprachlichen Unterricht vermerkt bekommen würden.

Beim Gemeinderat stoßen die Eltern mit ihren Bedenken indes auf taube Ohren: Dreiviertel der 20 Ratsmitglieder gehören dem „Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften" (VdG) an, der Selbstorganisierung des Deutschtums in Polen. Auch im gesamten Wahlbezirk Opole, zu dem die Gemeinde gehört, ist die Lage aus polnischer Sicht nicht rosiger: Seit den Regionalwahlen im Herbst des vergangenen Jahres nehmen VdG-Vertreter im Kreistag der Wojewodschaft Opole gut die Häfte der Sitze ein.

Landesweites Aufsehen erregten allerdings nicht diese deutschen Kontroll- und Machtinstitutionen, sondern die Absicht der Verteidiger der Schule von Kotlarnia, einen Verein der polnischen Minderheit zu gründen: „Wir fühlen uns wie Fremde im eigenen Land", erklärte einer ihrer Sprecher. Weiter hieß es: „Wenn wir als Minderheit anerkannt werden, bekommen wir die gleichen Rechte wie die deutsche Minderheit". Der zuständige Verwaltungschef in Opole fürchtet hingegen, daß die Region durch die Schaffung eines Verbands der polnischen Minderheit in Polen lächerlich gemacht werde.

Als selbstverständlich hingegen wurde in Opole angesehen, daß Anfang Mai aus Anlaß des 78. Jahrestages des Dritten polnischen Aufstandes von 1921 am Gora Sw. Anny bei Strzelce Opolskie neben Vertretern polnischer Behörden auch VdG-Mitglieder Blumen niederlegten. Damit nahmen erstmals auch Deutschtumsvertreter an einer Gedenkfeier zum Ausbruch der deutsch-polnischen Kämpfe um das ehemalige Oberschlesien teil. „Eine polnische Mutter beweint ihre gefallenen Söhne genauso wie eine deutsche Mutter", sagte der Vorsitzende der „Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen" (SKGD), Henryk Kroll, gegenüber der Nachrichtenagentur PAP. Offen bleibt dabei, wie lange eine polnische Frau um ihre Kinder noch auf Polnisch trauern kann: Strzelce Opolskie ist einer der Landkreise in Opole, in denen mit der SKGD eine VdG-Untergliederung bei den Regionalwahlen im Herbst 1998 ihre deutlichsten Erfolge erzielt hatte.

Schily beim "Bund der Vertriebenen"

Beim "Tag der deutschen Heimatvertriebenen" des "Bundes der Vertriebenen" (BdV) Ende Mai hat Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) im Berliner Dom die deutsche Linke dafür angeprangert, dass sie in der Vergangenheit aus politischem Opportunismus sowie aus "Mutlosigkeit und Zaghaftigkeit" über das "millionenfache Leid, das den Vertriebenen zugefügt wurde", hinweggesehen habe.

Der "Tag der deutschen Heimatvertriebenen" fand in Ergänzung zum 50. "Tag der Heimat" statt, der nach Stuttgart – seinen ursprünglichen Entstehungsort – verlegt wurde und dort Anfang September begangen werden soll. In Berlin fanden nun die BdV-Feierlichkeiten anläßlich des 50. Bestehens der Bundesrepublik statt. Ursprünglich hätte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) beim "Tag der deutschen Heimatvertriebenen" sprechen sollen, war allerdings wegen der gleichzeitig stattfindenden deutsch-französischen Gespräche verhindert. Er versicherte in einem Brief gegenüber der BdV-Präsidentin Erika Steinbach jedoch, dass die Anliegen der "Vertriebenen" weiterhin eine wichtige Rolle für die Bundesregierung und die deutsche Außenpolitik spielen werde.



Otto Schily, kämpft gegen Mutlosig- und Zaghaftigkeit der Linken

Anläßlich des "Tages der deutschen Heimatvertriebenen" unterstützte Festredner Schily auch ausdrücklich den Vorschlag der BdV-Präsidentin, ein "Zentrum gegen Vertreibungen" in Berlin als "Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen" einzurichten. Die EU werde "Schaden nehmen, wenn die Vertreibungs- und Entrechtungsdekrete Polens, der Tschechischen Republik und Sloweniens sozusagen als Morgengabe importiert" werden, begründete Steinbach das Vorhaben. Für dieses Unterfangen sollen bis zu 200 Millionen Mark - aus Spenden und öffentlichen Mitteln (also letztlich Steuergeldern) - aufgewandt werden.

Thomas Willms

DVU und NPD im Bremer Bürgerschaftswahlkampf

Mit zentral gesteuerten, jedoch höchst unterschiedlichen Kampagnen, zogen DVU und NPD in den Bremer Bürgerschaftswahlkampf 1999. Die „Deutsche Volksunion" (DVU) setzte wie so oft auf eine Materialschlacht, die durch ihre Finanzkraft ermöglicht wurde. Ihre Kandidaten präsentierte sie nur auf dem Papier. Die NPD versuchte hingegen, sich auf der Straße durchzusetzen. Angesichts des Aufwandes, den die Neofaschisten in Bremen betrieben, sind die Ergebnisse eher mäßig.

Wahlergebnisse neofaschistischer Parteien bei der Bürgerschaftswahl am 6. Juni in Bremen

	1999	1995
DVU	3,0% (8806)	2,5% (8503)
NPD	0,3% (815)	0,1% (324)

Die DVU-Kampagne

Bereits im Januar 1999 verkündete DVU-Parteichef Gerhard Frey auf dem Bundes- und dem Bremer Landesparteitag der DVU, daß die Konzentration jetzt dem Wahlkampf in Bremen und Bremerhaven gelte. Freie Bahn hatte man durch den Wahlverzicht der „Republikaner" (REP) und den Verzicht auf eine DVU-Kandidatur zur Europawahl, womit eine Absprache von Frey und dem REP-Vorsitzenden Rolf Schlierer realisiert wurde.

Mit hohem Kostenaufwand (die Schätzungen schwanken, liegen aber alle über 1 Million DM) wurden Bremen und Bremerhaven mit DVU-Plakaten zugekleistert und Interessenten und Jungwähler mehrfach persönlich angeschrieben. Flugzeuge kurvten über der Stadt und riefen mit angehängten Transparenten zur Wahl der DVU auf. Thematisch appellierte man an rassistische Vorurteile und die Abneigung gegen „Polit-Bonzen".

Vor Gericht setzte sich die DVU mehrfach gegen die Stadt Bremerhaven durch. Diese hatte im März eine Verordnung erlassen, welche das Anbringen von Din A1-Plakaten an Masten verbot. Diese Verordnung wurde vom Verwaltungsgericht Bremen für rechtswidrig erklärt, das Oberverwaltungsgericht ließ die Beschwerde der Stadt nicht zu. Weiter hieß es in einem Wahlschreiben der DVU und in der „Deutschen Wochen Zeitung" (DWZ) aus dem Hause Frey: „Die Stadt Bremerhaven reagierte darauf mit einem neuen Trick: Ihre Stadtwerke untersagten der DVU die Aufhängung von Plakaten an den Straßenbeleuchtungsmasten, da diese im Eigentum der Stadtwerke Bremerhaven stünden. Über Nacht wurden 2.000 DVU-Plakate von den Stadtwerken abgeräumt. 'Die Plakate können auf unserem Betriebshof, Hansastraße 17, nach der Demontage in Empfang genommen werden', teilten die Stadtwerke mit."

Leider obsiegte die DVU auch diesmal vor dem Verwaltungsgericht und die Mitarbeiter der Stadtwerke mußten nach der DWZ die 2.000 Plakate am 5. Mai wieder aufhängen. Zudem wurde der DVU vom Oberverwaltungsgericht die Möglichkeit zur Wahlwerbung mittels Lautsprechern zugestanden, welche ihr 1991 und 1995 verboten worden war.

Trotz gerichtsnotorischer Unterschlagungen früherer selbsternannter DVU-Saubermänner zog mit dem Bremerhavener Siegfried Tittmann (Jahrgang 1954) erneut ein Abgeordneter der DVU in die Bremische Bürgerschaft ein. Wie bereits 1987 machte sich hier eine Besonderheit des bremischen Wahlgesetzes bemerkbar, nach der es ausreicht, in einem der beiden Wahlbereiche Bremen oder Bremerhaven die 5%-Hürde zu überspringen, um ins Landesparlament einzuziehen. Mit 6,0% in Bremerhaven erfüllte die DVU diese Bedingung. Die DVU verfügt somit nicht nur über einen bezahlten Funktionär mehr, sondern über zusätzliche 77.000,- DM jährlicher Sachmittel aus Landesmitteln. Von der DVU in der vorletzten Parlamentsperiode veruntreute Gelder in Höhe von 261.000 DM muß die Partei trotzdem nicht zurückzahlen. Zusätzlich zog die DVU mit 5 Abgeordneten in bremische Stadtteilbeiräte ein, für die keine Prozentklausel zu erfüllen ist.

Die NPD-Kampagne

Zeitgleich mit den Wahlvorbereitungen der DVU kündigte die NPD überraschend eine Großdemonstration und Kundgebung vor dem bremischen Daimler-Chrysler-Werk an. Unter der Losung „Arbeit zuerst für Deutsche!", später erweitert um die Parole „Kein deutsches Blut für fremde Interessen - Schluß mit der imperialistischen Nato-Intervention auf dem Balkan!" sollten gleich 5.000 NPD-Anhänger durch einen sozial und ökonomisch vernachlässigten Stadtteil mit hohem Ausländeranteil marschieren, um danach den Reden des Parteivorsitzenden Udo Voigt und des neuen JN-Bundesvorsitzenden Sascha Roßmüller zu lauschen.

In der Planung der NPD-Führung unter dem ehemaligen Berufssoldaten Voigt sollte Bremen die NPD einen weiteren Schritt in Richtung „operativer Handlungsfähigkeit" voran bringen. Es bestehe „dringend die Aufgabe, die jugendliche Dynamik der Partei durch die Massenmobilisierung auf der Straße deutlich zu machen und damit auch die Totschweigespirale der Medien zu durchbrechen." (Voigt auf dem Bundesparteitag der NPD im Januar in Mulda).

Doch bereits die Wahlbeteiligung der NPD wäre beinahe an der kriminellen Energie eines Werbers für Unterstützungsunterschriften gescheitert. Trotz nachweislich mindestens 40 gefälschter Unterschriften wurde die NPD zugelassen, da die Frist des Wahlgesetzes abgelaufen war.

Die von der NPD geplante Großdemonstration und -kundgebung wurde aufgrund allgemeiner Ablehnung und des Druckes antifaschistischer Kräfte von der Bremer Innenbehörde verboten. Beschwerden der NPD wurden durch drei Instanzen, zuletzt am Vorabend des 1. Mai vom Bundesverfassungsgericht, zurückgewiesen. Auch Ausweichversuche nach Bremerhaven, Oldenburg und Hannover wurden behördlich untersagt. NPD-Demonstranten tauchten in Bremen, wenn überhaupt, nur vereinzelt auf, die meisten wurden unterwegs von der Polizei angehalten und wieder nach Hause geschickt. Nur Neonazis aus dem Spektrum der „Freien Nationalisten" gelang es nach mehrstündigem Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei, kleinere Aufmärsche in Ahrensburg und in Quickborn (Schleswig-Holstein) sowie im Raum Detmold zu formieren.

Die Organisationsstruktur der NPD brach zusammen nachdem die Polizei in ein von ihr als „Einsatzleitzentrale der NPD" bezeichnetes Bremer Wohnhaus eindrang und die dort Anwesenden, darunter den für die Organisation des Aufmarsches Verantwortlichen Klaus Beier, vorübergehend festnahm.

Statt der Nazi-Demo fand im Bremer Osten eine bundesweite antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Null Naziaufmarsch in Bremen" statt. Diese Demonstration war im Vorfeld genau wie die Demonstration der NPD verboten worden, wurde aber von einem antifaschistischen Bündnis getragen. Unter anderem riefen Vertrauensleute und Betriebsräte des Daimler-Chrysler-Werkes dazu auf, sich direkt vor dem Werk zu versammeln und gegebenenfalls den Nazis entgegenzutreten.

Nachdem die Einsatzleitung der Polizei nicht mehr befürchten mußte ein etwaiges Zusammentreffen der Nazis mit der antifaschistischen Demonstration unterbinden zu müssen, wurde den versammelten 3.000-4.000 AntifaschistInnen ihre Demonstration als „Spontandemonstration" genehmigt - und zwar auf der von der NPD angemeldeten Route.

Um nicht auf diesem Desaster sitzenzubleiben, meldete die NPD sofort weitere Demonstrationen an. Am 23. Mai fand in Bremen-Blumenthal tatsächlich eine Demonstration und Kundgebung von 85 Neonazis statt. 1.800 Polizisten (!) trennten zwar 700 Gegendemonstranten ab, hielten jedoch die unangenehmen Dinge des Lebens von der NPD nicht ganz fern. Pfiffe und das Schimpfen von Anwohnern begleiteten die Nazis. Weitere Demonstrationen in der Bremer Innenstadt und in Bremerhaven sagte die NPD daraufhin ab.

Durch die Medienberichterstattung erhielt die NPD allerdings einen Bekanntheitsgrad, der in völligem Mißverhältnis zu ihrer lokalen organisatorischen Stärke liegt. In einem Kommentar der „taz Bremen" wurde die NPD als „bundesweit hervorragend strategisch arbeitende Großorganisation" bezeichnet, was auf Bremen in keiner Weise zutrifft.

Die NPD konnte sich in Bremen als „harte" neofaschistische Partei profilieren. Gleichzeitig konnte der Bremer NPD-Landesvorsitzende Helmut Walter in der Lokalpresse („Weser Kurier") die NPD aber auch als Partei darstellen, die für „menschliche Geborgenheit und eine gerechte Sozialordnung" anstelle der „Kälte der Ellenbogengesellschaft" eintrete.

Frieda Freyberg & Karl Chemnitz

Auch bei Dark Wave: Profite mit Nazi-Ideologie

Helle Aufregung herrschte beim 8. Wave-Gotik-Treffen zu Pfingsten in Leipzig. Die Szene der Grufties, so die taz, werde von Rechtsradikalen unterwandert. Die „Jungle World“ machte gar das Zentrum faschistischer Dark Wave-Umtriebe in Thüringen aus. Fakt ist, dass sich zum wiederholten Male bis zu zwanzigtausend Dark Wave-AnhängerInnen in der sächsischen Metropole trafen. Darunter auch eindeutig faschistoide Zirkel wie Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“ und des Magazins „Sigill“ sowie die Bands „Feindflug“ aus Chemnitz und „Kirlian Camera“ aus Italien.

„Feindflug“ spielte zum Ende ihres Auftritts ein Hitler-Sample mit der Kriegserklärung an Polen ein. Es gab keinen Widerspruch bei den ca. 50 Fans in der Industriehalle „Werk II“. Konzerte von fast 80 Bands, Seminare, Lesungen, Campen, Bogenschießen- und Axt-Weitwurf-Stände sowie Runen-Wahrsagerei und jede Menge Met (Honigwein)- und Gruftie-Klamotten Verkaufsstände prägten drei Tage lang das Geschehen. Das große Geschäft in Leipzig machte der Laden „Mittgard-Heidentum & Mittelalter“, seit 1997 in Chemnitz, und ein neuer Ableger aus Freiberg, der „Yggdrasil“-Laden, der hier näher vorgestellt wird.

Teuflische Geschäfte?

Am 1. April 1999 feierte im lukrativen Touristen-Viertel um den Freiberger Dom in der Kirchgasse der Laden „Yggdrasil“ seine Eröffnung. Nach eigener Darstellung eine „Geschäfts- und Versandhandlung für Mittelalter, Okkulta und Brauchtum“. In den Auslagen werben die Betreiber mit Schlagworten wie „Honigwein, Celtic Art, Rüstzeug und Antiquariat“.

Yggdrasil bedeutet „Weltesche“. Der Begriff stammt aus der „Edda“, einer isländischen Sammlung ostgotischer, süd- und ostgermanischer Götter- und Heldenlieder aus dem 10. bis 13. Jahrhundert, in der geschrieben steht: „Der Götter vornehmste und heiligste Stätte befindet sich bei der Esche Yggdrasil; dort halten die Götter jeden Tag Rat. Diese Esche ist der größte und beste von allen Bäumen. Ihre Zweige breiten sich über die ganze Welt und reichen hinauf zum Himmel. Drei Wurzeln halten den Baum aufrecht und erstrecken sich weithin.“ Unter den Wurzeln befindet sich der Mimirbrunnen, der der Sage nach Weisheit und Verstand spendet - ein schöner Name also für ein Projekt, das historisch bilden will?

Mittelalter, Okkulta und Brauchtum

Neben Kräutern, Weihrauch, Räuchersteinen und -stäbchen, Rauchschalen, Met und Honiglikör führt der Laden Schmuck - meist germanische und keltische Symbole, Runen, Thorhämmer und dergleichen und Waffen, darunter Schwerter und Hellebarden. Bereichert wird das Angebot durch Bücher über die Anwendung dieser „Okkulta“, über Kräuter- und Öltherapien, das Legen von Tarot-Karten sowie diverse Publikationen über Magie, Satanismus und Hexen. Derartige Bücher kann man in (fast) jeder Buchhandlung unter dem Stichwort „Esoterik“ finden - einer Mixtur verschiedener Religionen, Philosophien, Mythologien und okkulter Techniken. Zentrales Element dieser Ideologie sind Geheimlehren, die nur wenigen Eingeweihten erschlossen sind und damit unhinterfragbar bleiben. Die Natur wird psychologisiert ebenso wie der Mensch, der im wesentlichen auf seinen Geist und einen feinstofflichen „Astralleib“ reduziert wird. Der physische Körper und die sozialen Umstände des Lebens bleiben unbeeinflußbar und werden als „Karma“ angesehen - eine Art Schicksal, das bestimmt ist durch die vorherigen Leben des Menschen. Solche sich alternativ nennenden Ideen lassen sich besonders in schwierigen ökonomischen Zeiten gut verkaufen.



Hitler ein Ur-Germane?

Im sogenannten Antiquariat von „Yggdrasil“ wird der Themenbereich Mittelalter kaum abgedeckt, dafür aber gibt es deutsch-nationale Publikationen aus den 20er und 30er Jahren in Hülle und Fülle, sei es über deutsche Helden, deutsche Kriege, deutsche Heimat, deutsche Welt ... . Hier werden national-völkische Klischees bedient und an den Kunden gebracht. „Das deutsche Volk endlich wieder für seine Geschichte sensibilisieren“, heißt es im Vorwort eines im „Yggdrasil“ zum Verkauf stehenden Buches aus dem Jahre 1935 zum Lob auf die Regierung Hitlers. Im untersten Regal liegen Ausgaben der „Deutschen Welt“ aus den zwanziger Jahren, dem Organ des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“, der heute noch, mit staatlichen Mitteln gefördert, seine deutsch-völkische Politik betreiben darf.

Neben deutsch-völkischen werden etliche Werke zur Runenkunde angeboten. So manches von Neo-Nazis genutze Runenzeichen wie das Hakenkreuz (als Sonnenrad-Motiv), die Irminsul-Säule oder die Odalsrune, die der Betreiber des „Yggdrasil“ auf seinen linken Unterarm verewigt hat, sowie das von der verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) benutzte Keltenkreuz werden über die pseudo-germanischen Kulturschiene wieder an die Leute gebracht. Auffallend breit ist in „Yggdrasil“ auch die Palette an Büchern aus dem „Arun-Verlag“. Daß dieser Verlag keineswegs nur aus geschäftlichen Gründen auf der Esoterik-Welle reitet, sondern ein politisches Ziel verfolgt, wird auch an der Person des Verlagsleiters deutlich. Stefan (wahlweise auch Björn) Ulbrich war bis 1984 Funktionär der neo-faschistischen „Wiking-Jugend“ (WJ), die seit 1994 in der Bundesrepublik verboten ist. Nebenbei arbeitete er als Redakteur bei der faschistoiden „Jungen Freiheit“. Der „Arun-Verlag“ bot dem Faschisten-Anwalt Jürgen Rieger und dem Kopf der französischen „Nouvelle Droite“, Alain de Benoist, ein Podium. Die Werke des Vordenkers der italienischen Faschisten Julius Evola werden im „Arun-Verlag“ veröffentlicht. Das Werk „Cavalcare la Tigre - den Tiger reiten“ ist in mehrfacher Ausführung im „Yggdrasil“ vorhanden. Die „Junge Freiheit“ pries das Werk als „Handbuch für junge Menschen“. Evola propagierte die Durchsetzung einer faschistischen Ästhetik des „Harten, Männlichen, Sonnenhaften“ gegenüber dem „Tiger als Sinntier des weichen, weiblichen, mondhaften Yin-Prinzips“ als Symbol für die „Moderne“.

Ein ähnlich mystisches Weltbild vermittelt der „Thriller“ „Die schwarze Sonne von Tashi Lhunpo“ Russel McClouds, der auf längst tot geglaubte Verschwörungstheorien zurückgreift und den fiktiven „Endkampf“ zwischen nationalsozialistischen Hohepriestern und Vertretern der freimaurerischen Weltordnung beschreibt. Auch dieses Buch kann der interessierte Kunde in der „Weltenesche“ kaufen. Ebenfalls erhältlich sind Bücher aus dem neo-faschistischen „Grabert-Verlag“, der sich bekanntermaßen auf die Herausgabe geschichtsrevisionistischer Klassiker spezialisiert hat, in denen der Holocaust in Frage gestellt wird.

SA-Chef Röhm als Cover-Gestalt

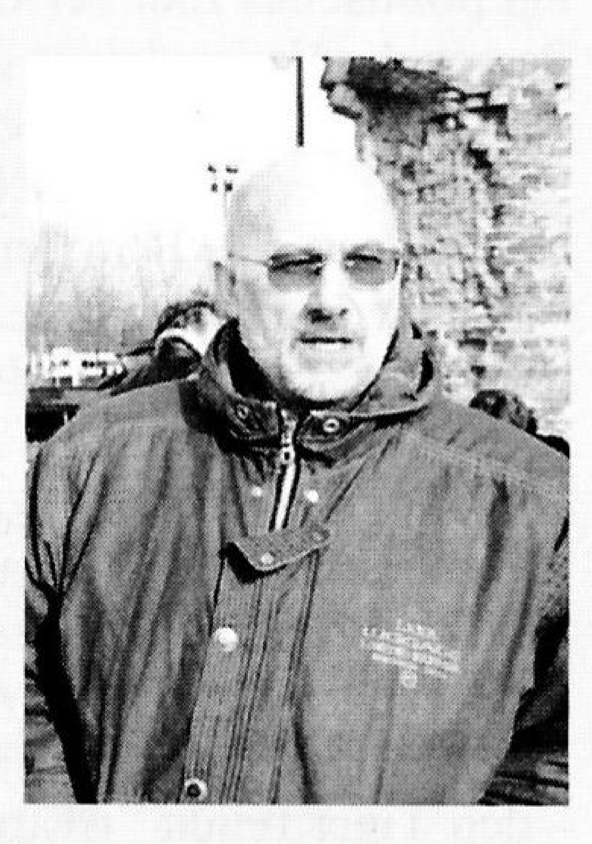
Die Verbindung zwischen Neo-Faschismus und Dark Wave wird beispielsweise durch das in Dresden erscheinende Fanzine „Sigill. Magazin für die konservative Kulturavantgarde Europas“ hergestellt, das man im „Yggdrasil“ auf Wunsch bestellen kann. Als Mitwirkender taucht im Impressum „Arun“-Verleger Björn Ulbrich auf. Bevorzugt werden in „Sigill“ Bands interviewt und beworben, die in der Szene wegen ihrer rechten Gesinnung umstritten sind.

Als Beispiele seien genannt: „Kirlian Camera", die sich bei einem Konzert in Berlin vor einem Jahr mit dem „Hitler-Gruß" verabschiedeten und „Death in June". „Tod im Juni" wurde 1981 gegründet. Der Bandname spielt auf den Todesmonat von SA-Chef Ernst Röhm an, das Logo der Band ist ein SS-Totenkopf mit einer 6 für Juni. Zeitweise nannte sich Bandleader Douglas Pearce gar „D. Röhm". Von sich Reden macht der Sänger vor allem, indem er mit eindeutig nationalsozialistischen Symbolen „spielt". Dazu gehört die Vertonung des „Horst-Wessel-Liedes" auf dem Album „Brown Book" 1987, das in der BRD zunächst zu rechtlichen Konsequenzen führte. Das Cover des Albums „Sun Dogs" ziert ein aus vier Hundeköpfen gebildetes „Sonnenrad" - unschwer als Hakenkreuz auszumachen. Daß es sich hier nicht um reinen Symbolfetischismus handelt, sondern um gezielte ideologische Propaganda, wird in zahlreichen Interviews deutlich, die Douglas Pearce in einschlägigen Magazinen gibt. Da wird die ehemalige „Reichsführerschule der SS" in Wewelsburg als „Platz göttlicher Erscheinung" bezeichnet und 1993 Verständnis für den Mob von Rostock und Hoyerswerda geäußert: „Hast du jemals Tür an Tür mit Zigunern gelebt? Ich kann den Groll verstehen, der in Ostdeutschland zum Vorschein kommt." (D. Pearce in der „Glasnost" Nr. 37.)

Glücklicherweise treffen faschistische Strömungen in der „schwarzen Szene" auch auf entschiedenen Widerstand. Bekannte Bands wie „Goethes Erben" und „Deine Lakaien" distanzieren sich öffentlich und warnen ihre Fans vor der „Rechtskacke". CDs solcher Bands werden bezeichnenderweise im „Yggdrasil" nicht angeboten. Im übrigen mußten die „Junge Freiheit" und die „Sigill" in Leipzig ihren Stand auf Drängen etlicher Grufties räumen. Der Teufel muß kein Faschist sein. Von Altmeister Brecht kommt der Vers: Gott ist ein Faschist.

Horst Mahler in Frankfurt

Gleich zweimal hat Horst Mahler mit den von ihm organisierten Montagsdemos am 19. April und am 31. Mai dem rechten Spektrums in Frankfurt eine Möglichkeit zu Aufmärschen geboten.



Die erste Demonstration fand im Anschluß an die Gründung der sogenannten „Bürgerbewegung Für unser Land" statt. Auf dieser Sitzung wurde Annemarie Paulitsch aus Frankfurt zur Vorsitzenden gewählt, als ihr Stellvertreter wurde mit Horst Mahler der eigentliche Wortführer bestimmt. Auf einer anschließenden Kundgebung vor der Paulskirche machte sich die Initiative, die bisher vor allem mit der Warnung vor einer Balkanisierung Deutschlands durch die Doppelte Staatsbürgerschaft in Erscheinung getreten ist, für eine völkische Nationalversammlung stark, da die Deutschen bei Einführung der Doppelten Staatsbürgerschaft in den nächsten Jahrzehnten zu einer Minderheit in „ihrem" Land würden. Die zweite Demonstration fand aufgrund eines Demonstrationsverbotes vor der Paulskirche vor der Frankfurter Börse statt.

Trotz der geringen Anzahl an Demonstrationsteilnehmern zeigte sich die Faszination Mahlers für das rechte Spektrum. Neben dem Altnazi Otto Riehs sowie den Neonazis Rolf Giesemann, Frank Marschner und ihrem Umfeld fand sich auch Ellen Kositza zusammen mit weiteren Personen aus dem Spektrum um die „Junge Freiheit" ein.

Mahlers Auftritte an der Seite von Nazis wie Peter Naumann und Manfred Roeder hatte im Vorfeld der ersten Demonstration zu Unstimmigkeiten geführt. So fand die Frankfurter Gründung ohne den Großteil der Initiatoren von der „Frankfurter Initiative" statt. Die Erstunterzeichnern dieser Initiative waren Hans Diether Behle, Wolfgang Hübner, Bernd Irrgang, Jörg Kluth, Olaf Köhler, Ingrid Meister, Annemarie Paulitsch, Heinz Reimer, Maria Elisabeth Wolf und Jutta Zindel. Die meisten der Unterzeichner entstammen dem „Bürgerbündnis für Frankfurt", einem Rechtsbündnis unter Beteiligung des „Bundes freier Bürger" und des „Bündnis für Frankfurt". In mehrere Ortsbeiräte sind Vertreter dieser Gruppe gewählt worden, hier arbeiten sie eng mit der Frankfurter CDU zusammen.

Prozeß wegen NS-Propaganda in Frankfurt

Vor dem Landgericht Frankfurt fand Mitte Juni der Prozeß gegen 3 Personen aus der Skinhead-Szene Frankfurt/Main statt. Mit dem unscheinbaren Rudolf Vitocco (23) aus Frankfurt stand ein bundesweit bekannter CD-Verkäufer vor Gericht. Er hatte in den letzten Jahren über Handy einen florierenden Handel aufgebaut. Spezialisiert hatte er sich u.a. auf indizierte und aufgrund staatlicher Repression nur schwer erhältliche Artikel. Vor Gericht beteuerte er, von dem Inhalt sowie dessen Strafbarkeit nichts gewußt zu haben, er habe die Platten nur aus finanziellem Interesse verkauft. Dieses bescherte ihm immerhin einen Jahresumsatz von über 100.000 Mark, den er über telefonische Bestellungen und den Verkauf auf Flohmärkten erwirtschaftete. Die Ermittler waren auf ihn während einer Durchsuchung im Juni 1998 beim mitangeklagten Patrick Prokasky (28) aufmerksam geworden. Dieser hatte ebenfalls mit neonazistischen und indizierten CDs gehandelt, die Polizei beschlagnahmte im Zuge der Ermittlung ca. 600 CDs. Das Angebot seines Versandes bezog er teilweise von Vitocco, was u.a. aus beschlagnahmten Bestellisten hervorging. Prokasky ist Herausgeber des Skinzines „Bembelsturm", das selbst dem hessischen Verfassungsschutz wegen der neonazistischen Orientierung mehrere Erwähnungen wert war. Unter dem Spitznamen „Patter" ist er seit Ende der 80er Jahre in der neonazistischen Szene des Rhein-Main Gebietes aktiv, so gehörte er dem Umfeld der FAP an und war Mitglied der „Taunusfront".

Als dritter Angeklagter mußte sich mit Markus Beuth (25) ein weiterer bekannter Neonazi und Skinhead vor Gericht verantworten. Der derzeitige Sänger der Band „Chaoskrieger" und ex-Sänger von „Volkszorn" kann ebenfalls auf eine lange neonazistische Geschichte verweisen. Er betrieb den „Clockwork-Versand" in Offenbach und unterhält enge Kontakte zu Mike Hansen und Lars Schulz, die in Offenbach ebenfalls einen schwunghaften Handel mit neonazistischen CDs und Outfit aufgebaut haben. Über die von ihnen genutzten Postfächer war auch der „Clockwork-Versand" zu erreichen. Beuth hatte bis Ende 1998 in Kirchheim bei Marburg versucht, mittels eines Ladens am Handel mit neonazistischen CDs mitzuverdienen. Neben den glitzernden Scheiben verdienten Beuth und ein Geschäftspartner, der Rockerkreisen zugerechnet wird, an dem Handel mit Trecking-, Outdoor- aber auch Skinhead-Utensilien. Aufgrund staatlicher Repression schloß dieser Laden aber wieder.

Alle Angeklagten wurden wegen Volksverhetzung sowie weiterer Straftaten zu Geldstrafen verurteilt. Weit höher als diese Strafen dürfte der finanzielle Schaden für die 3 Händler ausfallen. Im Zuge der Ermittlungen, die zu dem Verfahren führten, wurden umfangreiche Beschlagnahmungen an CDs, Büchern und Skinzines vorgenommen.

REP-Kontakte

Jürgen Schützinger, ehemaliger NPD-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg und jetziger Vorstandssprecher der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH), folgte einer Einladung der „Republikaner"-Kreisrätin Heilwig Holland (57) ins badenwürttembergische Biberach. Der 46jährige Stadt- und Kreisrat aus Villingen-Schwenningen referierte vor rund zwei Dutzend Zuhörern zu dem Thema „Für ein Europa der Vaterländer - Gegen einen europäischen Superstaat". Schützinger gehörte einst der Bereitschaftspolizei im oberschwäbischen Biberach an, ehe er 1987 endgültig aus dem Staatsdienst entlassen wurde.

Der wegen Steuerhinterziehung verurteilte REP-Landtagsabgeordnete aus Biberach, Josef Hauchler (63), distanzierte sich bereits im Vorfeld von der Veranstaltung. Der REP-Briefkopf auf dem Einladungsschreiben sei unautorisierterweise verwendet worden. Heilwig Holland, Mitglied des revanchistischen „Witikobundes", erklärte, die Vortragsveranstaltung sei denn auch keine „REP-Veranstaltung im herkömmlichen Sinn". Die Hauswirtschaftslehrerin Holland kandidierte im vergangenen Jahr auf der Landesliste zur Bundestagswahl und gehörte bis zum jüngsten Landesparteitag in Rexingen dem REP-Landesvorstand in Baden-Württemberg an.

Ulli Jentsch

Rechte und die Rechtschreibreform

Nach Schleswig-Holstein (vgl. DRR 45-12) hat jetzt auch die Berliner Initiative gegen die Rechtschreibreform damit zu kämpfen, daß einer ihrer Aktivisten Kontakte zu Rechtsextremisten besaß: Gernot Holstein, Sprecher des „Berliner Vereins für deutsche Rechtschreibung und Sprachpflege" (BVR) und als Kläger gegen das Land Berlin bekannt geworden, ist mehrere Jahre Mitglied der heidnisch-germanischen Artgemeinschaft gewesen. Noch im Jahre 1994 nahm Gernot Holstein am jährlichen Treffen der Heidentruppe unter der Leitung Jürgen Riegers, dem sogenannten Gemeinschaftsthing teil. Das Treffen fand vom 17. bis 19.6.1994 auf dem Gelände Hetendorf 13 in Niedersachsen im Rahmen der jährlichen „Hetendorfer Tagungswoche" statt. Ende 1994 trat das Ehepaar Holstein aus dem Verein aus.

Schon 1990 war Holstein als Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Kulturgemeinschaft Berlin in Erscheinung getreten. Die Kulturgemeinschaft ist u.a. im November 1990 als Veranstalter der Heldenkundgebung in Halbe bei Berlin aufgefallen und gilt als NPD-naher Schulungszirkel für die neonazistische Szene in Berlin und Brandenburg. Die Organisation, die heute Berliner Kulturgemeinschaft Preußen heißt, verließ Holstein nach internen Querelen am 20.April (!) 1990.

Der BVR, der mit einer Unterschriftensammlung das seit dem 10.Mai 1999 laufende Volksbegehren durchgesetzt hatte, reagierte auf erste Presseberichte erwartungsgemäß. Eine „Schmutzkampagne" sei durch das Antifaschistische Pressearchiv Berlin gegen ihren Sprecher angezettelt worden, und, so spekulierte der BVR in einer Pressemitteilung, es werde „mit den „Bertelsmännern", den Vertretern des zweitgrößten Medienkonzerns der Welt bzw. des Monopolapitalismus , gemeinsame Sache" gemacht (Fehler im Original).

Bei den Gegnern der Rechtschreibreform, und das zeigt sich nicht nur an diesem aktuellen Beispiel in Berlin, sind Verschwörungsthesen hoch im Kurs. Auf diese Weise wird der Kampf gegen eine angeblich „diktatorisch eingeführte Reform" legitimiert und die Mitstreiter zu Vertretern eines „Volksinteresses" stilisiert. Einige der Initiativen, die gegen die Reform agitieren, nennen sich daher „WIR sind das Rechtschreibvolk" und imitieren so die Bürgerbewegung in der ehemaligen DDR.

In diversen Vereinen, die sich dem Kampf gegen die Rechtschreibreform verschrieben haben, finden sich Rechtsextremisten und Neonazis unter den Aktivisten oder Mitgliedern. In der bundesweiten Kampagne gegen die Rechtschreibreform streiten ehemalige Studiendirektoren gemeinsam mit den antisemitischen Unabhängigen Nachrichten, dem Bund für deutsche Schrift und Sprache oder der Deutschland-Bewegung des Alfred Mechtersheimer. Letzterer gründete eigens den „Arbeitskreis Unsere Sprache – arkus". Den Sprachbewahrern scheint ein gewisser Wortwitz offensichtlich zu fehlen.

Der Sprecher des BVR Gernot Holstein wurde 1994 Mitglied im Bund für deutsche Schrift und Sprache, so meldet es zumindest deren Quartalsschrift „Die deutsche Schrift". Dort finden sich auch Mitglieder der Deutschland-Bewegung, bekennende Anhänger der Mathilde Ludendorff sowie Mitglieder diverser anderer rechtsextremer Organisationen. Im Vorfeld der letztjährigen Bundestagswahlen gibt ein Jörg Hahn „Kulturpolitische Betrachtungen" in „Die deutsche Schrift" zum Besten, in denen die Kulturkämpfer folgenden Tip erhalten: „Wir dürfen keine Sprach-, Schrift- und Kulturverderber wählen. (...) Politiker, denen unsere Sprache gleichgültig ist, die sich über den Willen des Volkes hinwegsetzen und statt einer gesunden Volksgemeinschaft lieber die geschichts- und kulturlose „multikulturelle Gesellschaft" errichten wollen, sind niemals würdig, wiedergewählt zu werden."

Andreas Speit

„Dem Wohle des Deutschen Volkes dienen"

Neue „nationale Sammlung" in Hamburg

„Der Ernst der Lage der deutschen Nation verlangt, daß zusammen gebracht wird, was zusammen gehört", erklärt Thomas Nissen. Seit Anfang 1999 ruft er als Sprecher des „Aufbruchs 99 Initiative für unser Deutschland" zur „Sammlung und Vereinigung der rechten Parteilosen und Parteigebundenen" auf. Mit dem Ziel: eine „starke Nationalbewegung" aufzubauen.

Doch beim letzten Sammlungsversuch der neuen Hamburger Initiative blieb ihnen der Versammlungsraum verwehrt. Für den 15. Mai hatte Nissen, der einst im Bundesvorstand der Republikaner (REP) saß, „herzlich" zu einer geschlossenen Veranstaltung mit Rolf Schlierer in die Hansestadt geladen. Der Bundesvorsitzende der REP sollte in der Hamburger Handwerkskammer als Gastredner auftreten. Nachdem die Kammer aber erfahren hatte, wer in ihren Räumen am Holstenwall tagen wollte, kündigten sie kurzfristig den Mietvertrag. „Mit solchen Gruppen möchten wir nichts zu tun haben", versicherte Horst Storjohann, Pressesprecher der Handwerkskammer. „Der Saal ist von einer Privatperson angemietet worden" entschuldigt er und „leider wurde es versäumt nachzufragen, wofür die Räumlichkeiten genutzt werden sollten".



Dieter Schütt beim Ostermarsch 1999

Bei ihrer vorhergehenden Veranstaltung blieb die „geschlossene Gesellschaft" nicht vor der Tür. Bereits im Februar sprach Horst Mahler bei einer Veranstaltung des „Aufbruch 99", zu der 140 persönlich geladene Gäste aus Hamburg und Schleswig Holstein erschienen waren.

Mit seiner „Analyse der deutschen Situation" begeisterte der ehemalige SDS-Anwalt und RAF-Mitgründer, wie die neurechte Publikation DESG-Inform zu berichten weiß. Obwohl er nichts neues verkündete, „die Neue Rechte muß tolerant und intelligent deutsche Interessen artikulieren" und seine alte Botschaft wiederholte: die „Gräben zwischen links und rechts müssen überwunden" werden.

„Wir wollen eng mit Horst Mahlers 'Bügerbewegung für unser Land' und Alfred Mechtersheimers 'Deutschland-Bewegung' zusammenarbeiten" betont Nissen. Getreu seiner Vorbilder führt er aus, daß „die parteiübergreifende Bewegung in alle Schichten vordringen muß". Wobei die „Egoismen und Kleinkriege" untereinander abzulegen seien. Der „Aufbruch" verstehe sich als „Initiative zur Nationalbewegung, „die überparteilich und unabhängig zur Vernetzung Parteiloser und auch Parteigebundener beitragen will". Diese solle „sowohl außerparlamentarisch, als auch in den Parlamenten tätig werden". „Das Deutsche ist der gemeinsame Nenner". Allerdings benötige es, nach Nissen „Qualität. Logistik und Struktur" um „unser Deutschland" zu retten.

Vordringlichste politische Aufgabe wäre, laut ihren „10 Punkten für Deutschland", der „Schutz" des Volkes und der Heimat vor „Scheinasylanten" und „Sozialschmarotzern". Es müßte Schluß sein mit dem Ausverkauf der Deutschen, „unserer Sprache und Kultur", sowie der „massenhaften Vernichtung deutscher

Arbeitsplätze. Ebenso müßte die „Mißwirtschaft“ und „Selbstbedienung der Parteien am Staat“ beendet werden, wie die organisierte Kriminalität, wobei die „Begriffe Recht und Ordnung“ als auch „Volk, Vaterland und Heimat“ positive ordnungspolitische Kategorien sein sollten.

Einhergehend mit der Ausrichtung auf die extreme Rechte möchte der „Aufbruch 99“, angelehnt an Mahler und Mechtersheimer, auf die „Extreme Linke“ zugehen. „Angst um unsere Soldaten oder vor einem Zorn des Volkes und dem politischen Bankrott?“ titelt der „Aufbruch“ in einer Flugschrift gegen den „NATO-Angriffskrieg“ in Jugoslawien, das sie zusammen mit Mitgliedern des Shanghaier Kreis am 25. Mai bei einer Antikriegsdemonstration in Hamburg verteilten. In der Flugschrift forderte der „Aufbruch“: „Sofortigen Stopp der Teilnahme am NATO-Angriffskrieg!“, „Schützt unsere deutschen Söhne vor den Angriffsbefehlen der NATO“. Und in Erinnerung an die Versuche aus den 70er/80er Jahren die Friedensbewegung nationalistisch zu wenden, bzw. die nationalistischen Positionen aufzugreifen, will der „Aufbruch“: „Keine US-Atomwaffen und Raketen auf deutschem Boden!“ sowie „keine fremden Truppen“.

Als jedoch AntifaschistInnen den Kopf des „Shanghaier Kreis“ Dieter Schütt auf der Antikriegsdemonstration erkannten, mußten der Aufbruch mit seinen Kameraden die Demonstration verlassen. Der „Shanghaier Kreis“, der 1995 erstmals als maoistische Gruppe auftrat“, möchte mit der Wahl ihres Namens an den antiimperialistischen Volkskampf 1925 anknüpfen und daran erinnern, daß von „Shanghai aus Mao Tse-tung China eroberte“. Ihr Wunsch ist, außer mit sich und unter sich im Einklang zu sein, eine „sozialistisch-patriotische Bewegung“ anzustoßen. Ging es in Schütts Hauspostille „Der Funke“ in den 70er Jahren noch um politische Zensur und den bewaffneten Kampf, dreht es sich in den 90ern in den Artikel, neben Ausflügen ins Esoterische, um die „Linke und die Nation“ und den „deutschen Nationalcharakter“.

Über ihre Beziehungen zum „Shanghaier Kreis“ sagt Nissen nichts. Vielleicht, weil er weiß, daß Schütts Wandlungen nicht bei allen extrem Rechten Gefallen finden. Nicht nur, daß die „Junge Freiheit“ erklärt, daß der „Funke“ unleserlich sei, sie betonen auch, daß Schütt wirr und unerträglich sei.

Zwar ist der „Aufbruch“ eine Hamburger Initiative, wie Nissen betont. Aber: „Wir sind an bundesweiten Kontakten sehr interessiert, auch an Personen, die in anderen Regionalbereichen die Sache Deutschlands intelligent vertreten wollen“. „Die Zeit ist reif“ verkündet er und verspricht, daß der Aufbruch „dem Wohle des Deutschen Volkes diene, Schaden von ihm wenden“ und „seinen Nutzen mehren“ wolle. „Wir stehen erst am Anfang“. In Planung ist eine Veranstaltung mit Alfred Mechtersheimer und ein „Hamburger Kongreß“. Wann und wo, verriet er nicht.

Andreas Speit

Repressive Toleranz

Manfred Brunner zu Gast bei Heinrich Bölls Enkeln

„Wir sind nicht intolerant, nur weil wir nicht alles und jeden tolerieren“ verteidigte eine Sprecherin des Bündnis, „Kein Podium für Brunner“, ihre Blockade vor dem Erfurter Augustinerkloster. Am 7. Mai verhinderte das Bündnis, daß Manfred Brunner und Heide Rühle die zweitägige Tagung der Heinrich Böll Stiftung „Was treibt Europa?“ im Festsaal des Klosters eröffneten.

Der ehemalige Vorsitzende des Bund Freier Bürger (BfB) und die Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen sollten bei dem grünennahen Landesbildungswerk über die Frage „Quo vadis Europa?“ streiten.

Bereits im Vorfeld der Veranstaltung rechtfertigte Martin Berger als Geschäftsführer der Stiftung die Einladung des führenden Nationalliberalen. „Es ist eine Gradwanderung, aber dessen sind wir uns sehr bewußt“ versicherte er. Außerdem würden sie ihm kein Forum bieten, denn „Heide Rühle wird ihm deutlich entgegentreten“.

Nachdem Rolf Düber vom DGB-Thüringen erfuhr, daß Brunner als ein „von Demokraten akzeptierter Diskussionspartner glänzen kann“, zog er seine Zusage als Referent zurück: „Es kann nicht sein, daß wir gegen Leute wie Brunner demonstrieren und dann mit ihnen eine Tagung bestreiten“. Ebenso weigerte sich die PDS-Bundestagsabgeordnete Kerstin Naumann, bei solch einer Veranstaltung mitzumachen.

Zwar seien „die Meinungen über die Veranstaltung sehr gespalten“ verriet der Bundessprecher der Stiftung Albert Eckart, „doch wir mischen uns da grundsätzlich nicht ein“. Währenddessen hatte Berger hervorgehoben „Wir werden akzeptieren, daß Kritik an der Veranstaltung vor dem Veranstaltungsort in Wort und Schrift zum Ausdruck gebracht wird“. Aber es wäre „intolerant und unangemessen“, die Veranstaltung zu verhindern.

Dementsprechend verärgert war er am Freitag Abend als ca. 40 Personen den 20 Gästen den Zugang versperrten. Deutlich enttäuscht betonte Rühle: „Auch in der Weimarer Republik hätte man nicht miteinander diskutiert“. Und die Grüne-Spitzenkandidatin führte weiter aus: „Wir müssen mit demokratischen Mittel gegen Rechte vorgehen“. Was an einer Blockade mit Transparenten undemokratisch sei, erklärte sie nicht. Dafür Berger: „Politische Bildung und Aufklärung lassen sich mit Gewalt verhindern, aber nicht mit Gewalt erzwingen“ und „die Verantwortung für die Absage trügen diejenigen aus PDS und Gewerkschaft, die die Jugendlichen instrumentalisiert und damit Terror gegen die freie Meinungsäußerung ausgeübt hätten“. Wobei er sogleich per Presseerklärung namentlich einen Mitarbeiter der PDS und einen Angestellten eines gewerkschaftsnahen Jugendvereins direkt beschuldigte.

Noch deutlicher in der Logik des repressiven Toleranzbegriffs werdend, meint Berger desweiteren: „Man müsse sich ernsthaft fragen, was daran links sei“. Daß die „Toleranz“ des Mitarbeiters von Bündnis 90/Die Grünen in eine autoritäre Auffassung von Demokratie mündet, stört weder die Heinrich-Böll-Stiftung noch die Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen. Denn zur Freiheit der Rede gehört auch die Freiheit des Nichtredens und Neinsagens, wie u.a. Umberto Eco und Pierre Bourdieu 1993 als Unterzeichner des Aufrufs „Appel à la vigilance“, gegen die Dialogfreudigkeit mit der „Nouvelle Droite“ ausführen. Eco erinnert auch daran, daß es den „neurechten Diskutanten“, nicht um einen Dialog ging, in dem Thesen und Antithesen im Disput hinterfragt und entsprechend der Logik eigene Positionen gar aufgegeben werden, sondern allein um die Präsenz im Diskurs. Die Verhinderung eines Disputs ohne Dialog ist folglich ein Mittel der demokratischen Auseinandersetzung und nicht „Terror“. Aber Berger und Rühle sind ja nicht die einzigen Grünen, die seit der Regierungsbeteiligung ihre eigenen politischen Mittel im Tenor ihrer ehemals Kritisierten in Atomwirtschaft und Politik diskreditieren.

„Es fiel uns nicht leicht, zu dieser Aktion aufzurufen, schließlich ist die Stiftung keine rechte Einrichtung“, erklärte die Sprecherin des Bündnis, „und hoffentlich können wir danach wieder aufeinanderzugehen“. Mittlerweile hat Berger den Vorwurf der Instrumentalisierung bedauert und ebenso Gesprächsbereitschaft signalisiert. Doch getreu seines repressiven Toleranzverständnisses, nachdem Brunner als offener Diskutant erscheint, der eine konstruktive Diskussion verspricht, schränkt er seine Erwartungen an den Dialog mit den Brunner-KritikerInnen gleich ein: „Wenn uns jedoch wieder nur fertige Ideologien und Parolen präsentiert werden, dürften die Gespräche nicht sonderlich konstruktiv werden“.

DSU hält sich in Sachsen

Bei der Kommunalwahl in Sachsen am 13. Juni erzielte die rechte „Deutsche Soziale Union“ (DSU) eine Reihe von Mandaten. Im Kreistag des Vogtlandes beispielsweise ist die DSU mit vier Kreisräten vertreten. Neben dem DSU-Bundesvorsitzenden Roberto Rink gehören noch Rolf Müller, der sächsische DSU-Landesvorsitzende Ulrich W. Lupart und Dr. Jürgen Schlick dem vogtländischen Kreistag an.

Dietmar Quante

»Freie Nationalisten« federführend

Zur neonazistischen Kampagne gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1940-44«

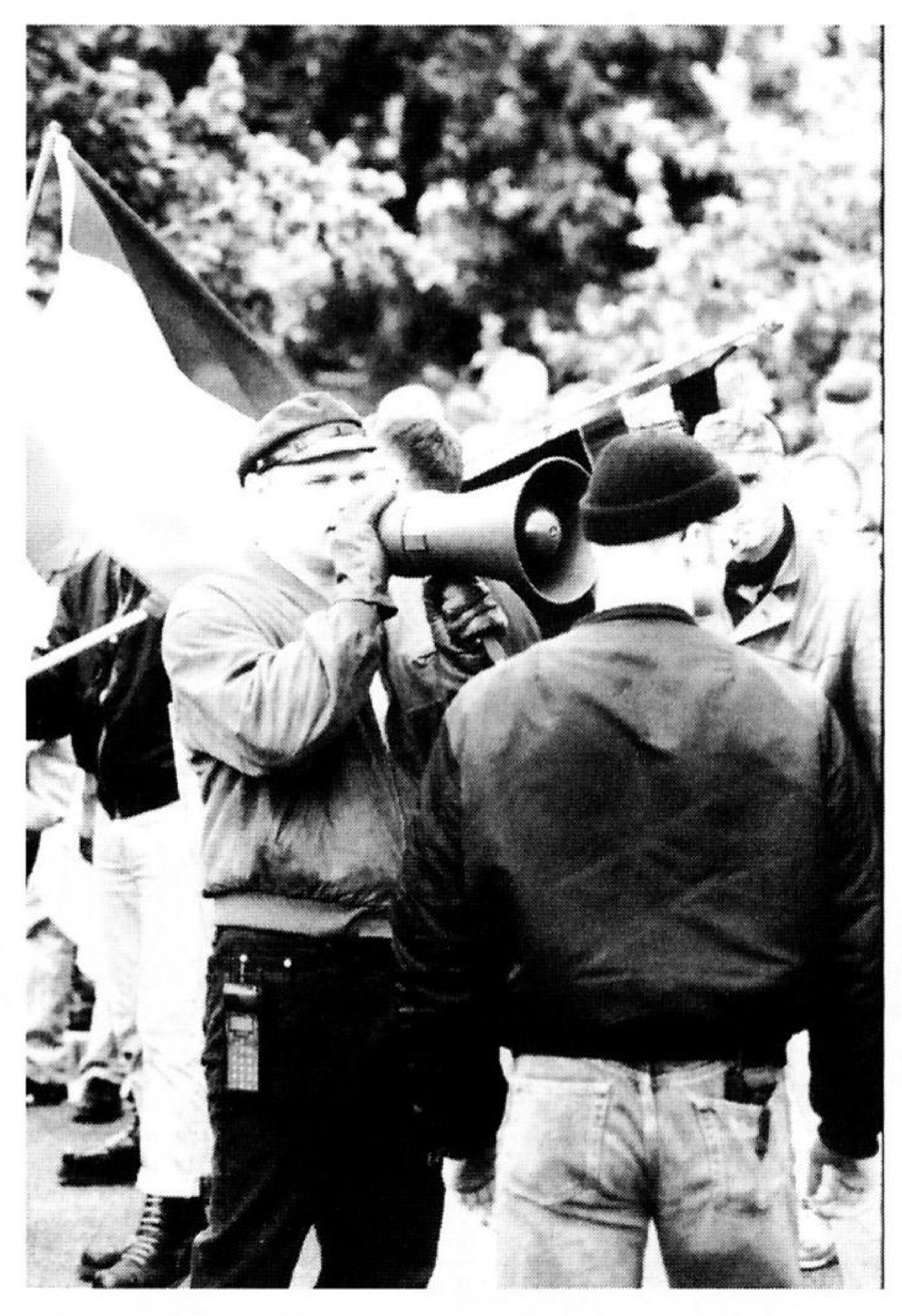
Die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1940-44« ist seit dem Aufmarsch von über 5000 Neonazis am 1.3.97 in München der Hauptschwerpunkt organisierter Neonaziaktivitäten in der BRD.

Waren es in München hauptsächlich die Strukturen der NPD, die im Rücken der revisionistischen Hetze der CSU um den Rechtsaußen Peter Gauweiler auf der Straße für »die Ehre unserer Väter und Großväter« demonstrierten, so übernahmen in den nachfolgenden Ausstellungsorten nach und nach die Strukturen der »Freien Nationalisten« um die Hamburger Thomas »Steiner« Wulff und Christian Worch die Mobilisierung in der militanten Neonaziszene gegen die Ausstellung. In München noch als organisatorischer Arm der nicht in NPD-Strukturen eingebundenen Neonazis, übernahmen sie nach Dresden im Januar 1998 Leitungsfunktionen der gesamten Aktivitäten gegen die von ihnen genannte »Schandausstellung«. Worch, der im Herbst 97 vorzeitig aus zweijähriger Haft entlassen wurde, erkannte schnell das mobilisierende und rekrutierende Potential des Protestes gegen die Ausstellung.

So suchten sie in der Folgezeit die Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremen Organisationen, die den »Freien Nationalisten« die Möglichkeit bieten sollten, unter dem Schutz vermeindlich demokratischer Organisationen ihre eindeutig faschistischen Demonstrationen durchzuführen. Waren es in Kassel im Juni 98 die REPs, unter deren Anmeldung Thomas »Steiner« Wulff über die »Ehre der Frontsoldaten« reden konnte, wurde bei allen folgenden Aufmärschen der Rahmen der JN/NPD oder deren Hochschulverband NHB gewählt, um die Mitglieder der »Freien Kameradschaften« zu mobilisieren. Denn nach dem Aufmarsch in Dresden waren es fast ausschließlich die »Freien Kameradschaften«, die das Potential der Neonazis stellten.

Das Konzept der »Freien Nationalisten«, organisiert in »Freien Kameradschaften« sind Nachfolgeorganisationen der Anfang der 90er Jahre verbotener neonazistischer Organisationen, bestehend hauptsächlich aus ehemaligen Mitgliedern der NL, der FAP und der NF. Deren Kader sind mit wenigen Ausnahmen langediente Leiter innerhalb der aus den 80er Jahren stammenden Struktur der GdNF, der von Michael Kühnen entwickelten Struktur nationalsozialistischer Aktivisten. Trotz der Verbote deren Organisationen bestehen deren Strukturen weiter und bilden jetzt das Gros derjenigen, die die neonazistische Kampagne gegen die Ausstellung anführen.

Konnten in München noch 5000 und in Dresden 1200 Neonazis, darunter viele unorganisierte NPDler, mobilisierte werden, so reduzierte sich der Kreis derjenigen, die gegen die



Wollte in Hamburg „die Straße zurückerobern“: Thomas Wulff

Ausstellung hetzten, inzwischen fast ausschließlich auf Mitglieder der »Freien Kameradschaften«, die zur Zeit in der BRD über ein Mobilisierungspotential von ca 1000 Neonazis verfügen. Dieses hat sich im Lauf der Kampagne gegen die Ausstellung mehr und mehr radikalisiert. Waren es in München noch Parolen wie »Unsere Großväter waren keine Verbrecher!«, so bezogen sich die Neonazis spätestens seit dem Aufmarsch in Kiel eindeutig positiv auf die Waffen-SS, indem sie auf der Abschlußkundgebung einen SS-ler über die Kameradschaft innerhalb der SS reden ließen und ihre Hauptparole »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« wurde.

In Hamburg wird die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1940-44« nach 1995 zum zweiten Mal gezeigt. Schon früh mobilisierten die »Freien Nationalisten« um das »Nationale und soziale Aktionsbüro Norddeutschland« zu einem Protestmarsch am 5.6. nach Hamburg. Das »Nationale und soziale Aktionsbüro Norddeutschland« ist der organisatorische Rahmen der Hamburger Neonazis um Worch und Wulff, eng verwoben mit der Zeitschrift »Zentralorgan« und der Internetseite »Perspektive«.

Als Anmelder fungierte für Hamburg der Münchener NHB Vorsitzende Alexander von Webenau. Dieser äußerte sich bis auf formelle Abmachungen nicht zu der geplanten Demo, dies übernahm komplett Thomas Wulff, der großmündig verkündete, »In Hamburg die Straße zurückerobern zu wollen«.

Von einer großen Pressekampagne begleitet, verbot die Hamburger Innenbehörde die geplante Demonstration, nicht mit der Begründung auf die Eindeutigkeit des nationalsozialistischen Bezuges der Anmelder und Unterstützer, sondern wegen zu erwartender Krawalle und dem daraus entstehenden Polizeinotstand. Das Verbot wurde in allen Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht bestätigt, ebenso wie die Gegendemonstration des Hamburger Bündnisses gegen den Naziaufmarsch.

Trotzdem mobilisierten die Neonazis in Richtung Hamburg, wo sie erst kurz vorher zu einer geplanten Ersatzdemonstration nach Schwerin auswichen. Nachdem diese ebenfalls am Morgen des 5.6. verboten worden war, vermeldete Wulff, »sich der Staatsgewalt zu beugen«. Dennoch mobilisierten er über Mobiltelefon weiterhin in Richtung Schwerin, wo die Neonazis sich vor einer Polizeikontrolle sammelten. Hier wurden über 400 Neonazis von der Polizei mit einem Platzverweis für Schwerin abgewiesen. Darunter befanden sich hauptsächlich in Bussen angereiste Kameradschaften aus Nord- und Westdeutschland. Hier übernahmen die Leitung SS-Sigi Borchert für NRW, Thorsten Heise für Süd-Niedersachsen, Man-



Da es in Hamburg mit der Rückeroberung nicht klappte, wichen die Neonazis nach Ludwigslust aus

fred Börm aus Lüneburg für Nordniedersachsen und die angrenzenden Gebiete aus Sachsen Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, Manfred Hupka leitete den Konvoi aus Sachsen Anhalt und Thüringen. Die abgewiesenen Neonazis fuhren daraufhin auf die kurzfristige Anweisung von Thomas Wulff in Richtung Ludwigslust, wo sie sich zu einem nicht genemigten Aufmarsch formierten. Obwohl von Schweriner Polizei begleitet, wussten die Beamten vor Ort nichts von einem Aufmarsch, so konnten über 400 Neonazis über 1,5 Stunden von der Polzei unbehelligt mit Parolen wie »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« durch Ludwigslust marschieren. Federführend hier war wiederum Thomas Wulff, der mit seiner norddeutschen Ordnergruppe den Aufmarsch leitete. Erst bei der Abfahrt der Neonazis erreichten wenige Einsatzkräft der Polizei Ludwigslust und versuchten, die wenigen noch verbleibenden Neonazis an weiteren Propagandaaktivitäten zu hindern.

Unbehindert von der Polizei konnten jedoch die Neonazis daraufhin ihre Heimreise antreten. Noch bei der Abfahrt vermeldete der Versammlungsleiter Wulff den Tag als Erfolg und kündigte eine neue Demonstration gegen die Ausstellung in Hamburg an. Diese soll am 10.7. stattfinden.

Felix Krebs & Andreas Speit

"Deutsches Politikum"

"Wehrmachtsausstellung" kehrt nach Hamburg zurück
Fazit und Kritik

Es wird eine „besondere Dimension des Krieges dargestellt" betont Jan Philipp Reemtsma am 31. Mai im Hamburger Schauspielhaus. Anläßlich der nach Hamburg zurückgekehrten Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" hatte Reemtsma als Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung zur Eröffnungsfeier geladen.

Vor rund 1000 Gästen führte Reemtsma aus, daß „Krieg ein Gesellschaftszustand" ist, der sich widerspiegele „in den Geschichten, die von ihm erzählt werden". Solche Geschichten erzählt in Befehlen, Feldpost und Erinnerungsfotos zeigt die „umstrittene Ausstellung" des Hamburger Instituts, die noch bis zum 11. Juli in der Akademie der Künste zu sehen ist.

Nach vier Jahren ist die Ausstellung, die 1995 erstmals auf Kampnagel gezeigt wurde, in die Hansestadt zurückgekehrt. „Die Ausstellung hat sich zum deutschen Politikum entwickelt" meint Hamburgs Kultursenatorin Christina Weiss (parteilos) im Schauspielhaus und erinnert an die „heftigen Auseinandersetzungen", die die Ausstellung begleiteten. Welche, nach Weis, bewiesen, wie nötig "unsere Gesellschaft die Ausstellung brauchte und braucht".



Mehr als 320.000 Menschen sahen solche Bilder. Der nationale Mythos von der sauberen Wehrmacht zerbrach öffentlich.

Als „große Geste" würdigt das Hamburger Abendblatt die Einladung des „schärfsten Kritikers" Rüdiger Proske zur Eröffnung. Nachdem AntifaschistInnen einige Scheiben seines Hauses eingeworfen und sein Auto beschädigten hatten, folgte der Ruf als Gastredner. Der 82jährige Sozialdemokrat enttäuschte weder Gastgeber, noch Zuhörer. Ohne Widerspruch wiederholte der ehemalige Panorama-Mitarbeiter, die Behauptungen aus seinen drei Streitschriften gegen die „Anti-Wehrmachtsausstellung". Die Ausstellung sei „unwissenschaftlich" und stelle auch nur die „halbe Wahrheit" dar, und die „Macher der Ausstellung" "diffamieren" die „Wehrmacht als „Verbrecherorganisation". Desweiteren bezeichnete Proske, dessen Schriften auf der Bestsellerliste der Jungen Freiheit (JF) erschienen, die Ausstellung mal wieder als „die größte historische Irreführung seit dem Dritten Reich".

Zwar erklärte Reemtsma vor der Einladung, Proske sei „ein Sprachrohr rechtsextremer Denkweise" und verstehe nichts von der Materie, aber „alle diese Anschläge, von welcher Seite auch immer", so Reemtsma mit Blick auf die Antifa-Aktion, zielten gegen „jene Normen, ohne die es keine demokratische Öffentlichkeit gebe". Wieso Proske deshalb seine Aussagen, die auch für Reemtsma jede „intellektuelle Balance" verloren haben, vortragen durfte, konnte auch die Anspielung des Einladers auf Voltaires Toleranzverständnis nicht erklären.

Statt dessen schimmerte ein totalitarismustheoretischer Ansatz durch, denen sich das HIS immer mehr annähert, seit Reemtsma 1989 den alleinigen wissenschaftlichen Vorstand der von ihm finanzierten Stiftung übernommen hat. Die „Makroverbrechen" des 20. Jahrhunderts - Auschwitz, Gulag und Hiroshima - kennzeichnen für das HIS die zentralen Elemente der Zivilisation. Angelehnt an Sigmund Freud, Norbert Elias, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer verstehen sie diese Ereignisse als Synonym für die immanente Brutalisierung und Totalität der Moderne. Diese zwischen Freud, Elias, Adorno und Horkheimer oszillierenden Kultur- und Aufklärungsparadigmen prägen die Konzepte des HIS und münden in einer „pessimistischen Zivilisationskritik". Der Historiker Karl Heinz Roth dagegen, der lange Zeit mit Reemtsma zusammengearbeitet hat, kritisierte bereits 1996 diese Positionen. Ihre Reflexionen über Gewalt und Verbrechen blende, laut Roth, „kritisch-historisch, bzw. sozialwissenschaftliche oder gar wirtschaftstheoretische Erkenntnissprozesse" gänzlich aus. Diese hielte Reemtsma für „irrelevant". Dank dieser Reduktion der Erkenntnismethoden erscheint Auschwitz als „große kollektive Anstrengung der Deutschen" im „Herzen unserer Zivilisation". "Die Zivilisation habe ihre eigenen Normen zu einem Angriff auf sich selbst benutzte. Diese Verschränkung von Barbarei und Zivilisation habe unser zivilisatorisches Selbstbild beschädigt und ausgehend von diesem entscheidenden Tatbestand sei es möglich und dringlich, unter Einbeziehung der anderen Fixpunkte der Massenvernichtung die 'Signatur des Jahrhunderts' zu entziffern", erklärt Roth den theoretische Ansatz des HIS.

Reemtsma geht hier weiter als Adorno und Horkheimer in ihren "Elemente des Antisemitismus", läuft aber, wie die Gründer der Kritischen Theorie, Gefahr das Besondere und Einmalige von Auschwitz. im Allgemeinen und Mehrmaligen aufzulösen. Lars Rensmann weist in seiner Studie "Kritische Theorie über den Antisemitismus" (1998) auf dieses Verschwinden der Unterschiede bei Adorno und Horkheimer hin, ohne ihre Aussagen gänzlich zu verneinen, da sie trotzdem „Kernthesen für die gegenwärtige Antisemitismusforschung in Deutschland" beinhalten.

Mit der von Reemtsma betriebenen Umkehrung des liberalen Fortschrittsoptimismus in eine negativ-evolutionistische Philosophie entfernt er das Vernichtungssystem aus ihrem sozialen und historischen Kontext. Durch dieses Paradigma der „Trias der Massenvernichtung" setzt das HIS auf der Ebene des Totalen und Brutalen den Stalinismus und den Nationalsozialismus gleich.

Aus diesem Totalitarismus-Verständnis von links entwickelte der HIS-Mitarbeiter Wolfgang Kraushaar das „Projekt 1995", zu dem eine ausschließlich in Hamburg gezeigte Ausstellung „200 Tage und ein Jahrhundert" gehört. Kraushaar spannt dort einen Bogen von der Auschwitz-Befreiung über das Gulag-System bis hin zum Atombombenabwurf in Hiroshima. Auch

die nun eigenständig unter dem verkürzten Namen „Wehrmachtsaustellung“ bekannt gewordene Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“, bei deren Konzipierung auf Fakten und Analysen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg zurückgegriffen wurde, war ursprünglich nur als Teilaspekt vom „Projekt 1995“ geplant.

Aus diesem Paradigma könnte sich ableiten lassen, weshalb die Verbindungen zwischen den Verbrechen der Wehrmacht und der „Vernutzung der Menschen durch die Industrie“ in der Ausstellung nicht auftauchen. Es könnte davon ebenso hergeleitet werden, warum bei der Präsentation der Ausstellung in Aachen, das HIS zwei Veranstaltungen der VVN-BdA nicht für das offizielle Rahmenprogramm zuließ. Die VVN-BdA wollte über die rechten Tendenzen in der Bundeswehr und die Situation in Jugoslawien informieren (siehe Der Rechte Rand, Nr. 52 Mai/Juni 1998: Zensur bei der Wehrmachtsausstellung in Aachen, v. K, Heiler).

Im Vorfeld der Eröffnung in Hamburg betonte Hannes Heer als Ausstellungsleiter so den auch immer wieder seine historische Mission, die eine politische Positionierung ausschließe.

Bei der Feierlichkeit hob er auch hervor, daß die Dokumentation eigentlich auf einen "kleinen Kreis interessierter Wissenschaftler" ausgerichtet gewesen sei. Dank der unerwarteten Resonanz hätte sich aber der Blick auf den Kern des Kriegs und die 19 Millionen Wehrmachtssoldaten verändert. "Die Deutschen haben erfahren, daß der Holocaust nicht nur im Schutz der Wehrmacht, sondern auch mit Hilfe der Wehrmacht durchgeführt worden ist". Durch die Ausstellung sei die Geschichte der damaligen deutschen Armee in die Familiengeschichte zurückgeholt worden, denn die "Soldatenrolle der Väter und Großväter werde hinterfragt". Und: "Es wird für Deutschland unmöglich sein, jemals einen Schlußstrich unter diese Untaten ziehen". Eine Normalisierung sei nicht möglich.

Das HIS kann ein gutes Resümee ziehen, wenn die Ausstellung am 22. Juni einem Verein übertragen wird, dessen Kuratorium Ignatz Bubis, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, sowie der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel und Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) angehören. Über 820.000 Menschen in 32 Städten besuchten die Ausstellung. Gemäß dem später formulierten Anspruch der Stiftung hat die Popularisierung der Fakten tatsächlich das "kommunikative Beschweigen der Wehrmachtsverbrechen" etwas aufgebrochen. Der nationale Mythos von der sauberen Wehrmacht und von ritterlichen Soldaten ist öffentlich entmythologisiert. Dieser Mythos gehörte zu einer der Entschuldungslegenden der Tätergemeinschaft, sowie zu den Gründungslegenden der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Ob das HIS aber auch weiterhin eine "Gefahr für die nationalen Mythen" ist, worin der britische Historiker Eric J. Hobsbawn die Aufgabe der Geschichtswissenschaftler sieht, bleibt fraglich. Weder Reemtsma noch Herr konnten eine Antwort auf die Frage geben, ob ihre Entmythologisierung nicht in ein "geläutertes Geschichtsbild" integriert werden kann, um trotz und vor allem wegen Auschwitz als "selbstbewußte Nation" in den Krieg zu ziehen.

Wolfgang Gehrcke & Ulrich Sander

Die Nachfolger des „Freundeskreises SS“ drücken sich um eine gerechte Lösung für die Zwangsarbeiter

Konzerne halten an Sklavenhalter-Allüren fest

Schlichtweg brutale Lohndiktate halten die 16 deutschen Konzerne des freiwilligen Entschädigungsfonds für ihre überlebenden ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bereit. Es wird nach dem Prinzip verfahren: Ihr nehmt ein Almosen von uns an und laßt uns dann in Ruhe. Dieses Verhalten - nach über 50-jähriger Verspätung - ist skandalös.

Bodo Hombach verhandelte in des Kanzlers Namen mit der Industrie, auf daß die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter so geregelt werde, wie es die Konzerne gern hätten. Am 17. Juni machte Hombach in Bonn einen erneuten Anlauf. Er bat die Konzerne, die am US-Geschäft interessiert sind, nebst ihren Anwälten und den Anwälten der Gegenseite ins Kanzleramt. Deutsche Opferverbände und betroffene Zwangsarbeiter sperrte er aus.

Es war wieder einer jener erfolglosen Versuche, die Lothar Evers vom Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte so zusammenfaßt: „Seit über einem halben Jahr nährt das Kanzleramt die Illusion, die von der NS-Zwangsarbeit profitierenden Industrieunternehmen könnten ohne jede Beteiligung der Opfer, ohne wirkliche Verhandlungen, quasi nach Hausherrenart selbst bestimmen, was sie für die Opfer vorgesehen haben.“ Die Industrie, die Nachfolger des Freundeskreises SS und der Wehrwirtschaftsführer, wollen etwas Geld in die Runde werfen, sich aus dem Staub machen und jede Verantwortung ablehnen. Die Opfer hingegen sollen nehmen, was ihnen hingeworfen wird und zugleich jede juristische Anspruchsberechtigung verlieren.

Fast hat man vergessen, daß in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung die Einrichtung einer "Bundesstiftung Entschädigung für NS-Zwangsarbeit unter Beteiligung der deutschen Industrie“ angekündigt wurde. Statt diese Industrie-Beteiligung politisch zu organisieren, werden seit über einem halben Jahr ausschließlich Gespräche mit der Wirtschaft unter dem Motto geführt: Wie hätten Sie's denn gern? Und: darf's ein bißchen weniger sein?

Das Ergebnis war eine freiwillige Einrichtung von 16 Konzernen, die in USA wirtschaftliche Interessen haben und dortige Kläger gern vom Klagen abbringen wollen. Angekündigt wurde eine "Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Hinter diesem wohltönenden Namen versteckt sich das Geheimnis, wieviel die Konzerne zahlen wollen - nur Siemens und VW haben bisher mit freiwilligen Abschlagzahlungen begonnen. Auszahlen will die neue Initiative nur Geld, wenn vorher auf alle Rechtsansprüche verzichtet wird. Die ehemaligen Sklavenarbeiter sollen als Bittsteller um Almosen betteln, und selbst dann, wenn sie KZ-Häftlinge waren, soll Zwangsarbeit nur bezahlt werden, wenn sie mehr als sechs Monate währte. Dabei will man sich am heutigen Rentenniveau in den jeweiligen Ländern und nicht etwa am Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" orientieren.



Sklavenarbeiter für die deutsche Industrie legten den Grundstein für das sog. Wirtschaftswunder in der Nachkriegszeit

Die Opfer im Osten sollen wenig, die im Westen - von ihnen hängt vor allem ab, ob in USA weiter geklagt wird! - etwas mehr bekommen.

Bei seiner Arbeit im Interesse der Konzerne und gegen die Interessen der NS-Opfer beriet sich Hombach nicht mit Verfolgtenverbänden. Aber es geht ihm eine Juristin aus dem Hause Krupp zur Hand, wie jetzt bekannt wurde.

Der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, in dem die wichtigsten Verfolgtenverbände mitarbeiten, darunter die VVN-BdA und IVVdN, erklärte: "Nicht durch Diktate, nur durch ehrliche Verhandlungen kann der Wunsch der Opfer nach Anerkennung und finanziellen Ausgleich erfüllt und als Konsequenz daraus Rechtssicherheit hergestellt werden." Doch damit hat Hombach, Pardon Schröder, noch gar nicht angefangen.

In nahezu jeder Branche wurden ZwangsarbeiterInnen ausgebeutet. Heute leben viele von ihnen - besonders in Osteuropa - in bitterer Armut. Der Großteil der Industrie weigert sich immer noch, für dieses Verbrechen finanzielle Entschädigung zu leisten, oder verkauft seine Zahlungen zynisch als „humanitäre Unterstützung".

Wie nach dem Treffen vom 17. Juni bekannt wurde, kam man bei der Hombach-Runde wiederum nicht voran. Die Anwälte der Opfer aus den USA waren nicht zu bewegen, auf ihre Ansprüche und ihre Rechte zu verzichten, ohne daß die vertretenen Firmen und darüber hinaus alle Konzerne sowie Kleinbetriebe und Kommunen, die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ausgebeutet haben, ein ausreichendes Angebot gemacht hätten. Der amerikanische Anwalt Michael Hausmann sagte, es komme zunächst darauf an, daß die Opfer "unbürokratisch, schnell und nach den gleichen Kriterien Entschädigung bekommen". Die Konzerne ließen wissen, sie sähen überhaupt keine Verpflichtung und wollten allenfalls freiwillig zahlen in einer Höhe, die sie selbst bestimmen. Also liegen die Forderungen und das Angebot noch weit auseinander.

Vielleicht sagt auch der DGB mal wieder etwas zu dem Thema? Schließlich hieß es im vorigen Herbst: Die Zwangsarbeiter sind unsere Kollegen. Die Gewerkschaften hatten nach langem Zögern im vorigen Jahr ihre Mitverantwortung für diese ehemaligen Kollegen erkannt und die Selbstverpflichtung der Regierung in ihrem Koalitionspapier begrüßt.

Doch diese Selbstverpflichtung tritt immer mehr in den Hintergrund. Erst wenn die 16 Konzerne mit ihrer Planung fertig sind, soll per Gesetz eine Stiftung für die Entschädigung aller nicht von dem Industriefonds berücksichtigten Opfer geschaffen werden. Während die Konzerne nach unbestätigten Experten-Meldungen rund 2,5 Milliarden Mark für rund 500.000 Berechtigte sowie für Forschungsprojekte und Jugendaustausch ausgeben wollen, wird die Zahl der überlebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf über eine Million geschätzt, für deren äußerst sparsame Entschädigung weit über zehn Milliarden Mark notwendig wären.

Da weder Regierung, noch Koalitionsparteien ihre eigenen Verpflichtungen ernst nehmen, hat sich die PDS der Sache angenommen. Sie unternahm verschiedene Initiativen zur Entschädigung für ehemalige ausländische Zwangsarbeiter des deutschen NS-Regimes.

Sie erhielt Briefe von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Aus ihnen geht hervor, daß vor allem die Opfer aus Osteuropa in großer Not und Bedürftigkeit leben. Die „Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter" legte der PDS beispielsweise den Brief einer Frau aus Frunse vor: "Man hat mich mit 14 Jahren nach Deutschland gebracht. Ich habe gearbeitet in große Fabrik in Karlsruhe. Name weiß ich nicht. Jetzt bin ich arm, alt und krank und brauche Hilfe." Von einem Treffen ehemaliger Zwangsarbeiter zu Ostern in Dortmund wird aber auch geschrieben: Wir lehnen den von einigen deutschen Konzernen vorgeschlagenen Tauschhandel „Zahlungen gegen Verzicht auf den Klageweg" mit Empörung ab. Notwendig und gerecht ist es, wenn endlich die Verjährungsfrist für die Klage gegen die Nutznießer der Sklavenarbeit aufgehoben wird. Diese Nutznießer aus dem Leid von über zehn Millionen Menschen aus ganz Europa müssen endlich den Opfern Gerechtigkeit widerfahren lassen."

Ein Gesetzentwurf der PDS gegen die Verjährung der NS-Verbrechen, die mit der Ausbeutung der Sklavenarbeit von Millionen Menschen verbunden waren, wurde im Bundestag jedoch ebenso einhellig abgelehnt, wie die Forderung nach Entnahme der Unternehmereinlagen in den Entschädigungsfonds aus dem steuerpflichtigen Einkommen und nach Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Fonds. Mit ihren Forderungen wollte die PDS die hochbetagten Opfer nicht auf einen langwierigen Klageweg verweisen und die Schaffung einer Bundesstiftung nicht in Frage stellen, im Gegenteil: Die PDS fordert, die Entschädigung durch die gesamte deutsche Wirtschaft und den deutschen Staat mittels einer Bundesstiftung noch bis zum 1. September 1999, dem 60. Jahrestag des Überfalls auf Polen und somit des Kriegsbeginns, zu verwirklichen. Wenn die Sicherung des Rechtes verlangt wurde, auch auf dem Klageweg die berechtigten Ansprüche der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter geltend machen zu können, so geht es darum, die Opfer nicht der Gnade von Wirtschaftskreisen auszusetzen, die sich jetzt mit Ablaßzahlungen von ihren Schwierigkeiten bei der Sicherung der US-amerikanischen Märkte befreien wollen. Jene Leute, die jetzt vom Druck der Klagen der Opfer befreit werden wollen und "Rechtssicherheit" verlangen, haben den Opfern über 50 Jahre lang jede Gerechtigkeit verweigert. Zudem soll da ein Verzicht auf den Klageweg mittels einer Bundesstiftung erkauft werden, an der mitzuwirken sich bisher nur 16 Banken und Konzerne bereit erklärt haben.

Eine weitere Forderung ist, die Opferverbände endlich in die Gespräche zur Schaffung einer Bundesstiftung einzubeziehen, damit eine angemessene und nicht nur eine symbolische Höhe der Leistungen ausgehandelt worden kann.

Vor allem die Gewerkschaften, und unter ihnen besonders die IG Metall, halten an dem Klageweg für ihre früheren Kolleginnen und Kollegen fest und sind nicht bereit, ihn sich nehmen zu lassen. In Köln, Oberhausen, Stuttgart, Herford und in anderen Städten wurden die Klageschriften für die Opfer eingereicht. Für die Klage eines ehemaligen Bergmanns aus der Ukraine, hat die VVN-BdA NRW die Patenschaft übernommen. Er klagt vor dem Gericht in Duisburg. Weitere Initiativen sehen Bürgeranträge an Stadtparlamente vor, endlich an die "kommunalen Zwangsarbeiter" Entschädigung zu zahlen. Der Staat muß auch für die vielen großen und kleinen Ausbeuter der Zwangsarbeit aus Handwerk und Landwirtschaft aufkommen.

Zwei Punkte sind von allgemeiner Bedeutung:

Erstens ist es an der Zeit, das Schuldanerkenntnis der deutschen Wirtschaft hinsichtlich Krieg und Kriegsfolgen einzufordern. Wir meinen, wer 1933 eine Adolf-Hitler-Spende der

deutschen Wirtschaft aufbringen konnte, der soll jetzt aus dem damals erworbenen Blutgeld auch die Zwangsarbeiterfonds der deutschen Wirtschaft speisen können. Jene, die schon Ende der zwanziger Jahre zu einer verhängnisvollen Entwicklung hin zu Faschismus und Krieg beitrugen, gingen 1945 in besserer Verfassung als alle anderen Teile der Gesellschaft aus dem Krieg hervor. Führende Forscher der Geschichte der Kriegswirtschaft haben darauf hingewiesen, daß viele Konzerne nach 1945 glänzende Eröffnungsbilanzen hatten, und das Wirtschaftswunder fußte auch auf der Nutznießerschaft aus der Sklavenarbeit. Deutschland hatte den Krieg verloren, aber die deutsche Rüstungswirtschaft hat am Krieg gewonnen.

Zweitens nahm Deutschland an der NATO-Aggression gegen ein Land der Antihitlerkoalition teil. Die Kriegsfolgen von 1945 sind noch nicht beseitigt, aber neue Kriege werden angezettelt. Was noch zu tun ist, sehen wir an der ausgebliebenen Entschädigung der bisher "vergessenen" Opfer des NS-Regimes. Für viele von ihnen war die Entschädigung an das Datum eines Friedensvertrages mit Deutschland gebunden, und alle Welt erkennt in dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 einen solchen Friedensvertrag. Doch es vergingen erneut neun Jahre, bis sich eine Lösung abzuzeichnen schien. Wie diese aussehen könnte, dazu haben VVN-BdA, IVVdN, wie auch „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste", „Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte","Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime" und die „Lagergemeinschaft Ravensbrück" am 27. Januar 1999, dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz und nationalem Gedenktag, konkrete Vorschläge unterbreitet, die von der PDS unterstützt werden.

Bisher ist für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Bundeshaushalt kein Pfennig bereit gestellt worden. Hingegen war es möglich, für die Bomben und Raketen und die Einsätze deutscher Soldaten gegen Serbien in kürzester Zeit ca. eine Milliarde Mark bereitzustellen. In der Erklärung der Opferverbände vom 27. Januar heißt es: Wir appellieren an die Bundesregierung, an die im Bundestag vertretenen Parteien und die Vertreter der Wirtschaft, der politisch-moralischen Forderung nach einer überfälligen Geste der Rehabilitierung und nach einem mehr als nur symbolischen materiellen Ausgleich nachzukommen, bevor es für die letzte noch lebende Generation der Opfer zu spät ist."

Erst kürzlich hatten NS-Opfer demonstrativ darauf aufmerksam gemacht, daß ein Zustand droht, bei dem die Mittel für die ehemaligen Zwangsarbeiter in den Militärhaushalt zugunsten der NATO-Aggression gegen Jugoslawien fließen könnten. Anläßlich der ersten Bundestagssitzung im deutschen Reichstag in Berlin erklärten die Verfolgtenverbände VVN-BdA und IVVdN bei einer Antikriegsaktion vor dem Parlamentsgebäude: „Mit dem Krieg auf dem Balkan sind wir aus der Nachkriegszeit unmittelbar wieder in eine Kriegszeit geraten, ohne daß die Folgen des letzten Krieges ausreichend beseitigt wurden." Die Abgeordneten wurden daher dringend gebeten, "dafür Sorge zu tragen, daß eine Bundesstiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter kurzfristig geschaffen wird."

Hooligan-Skin in Haft

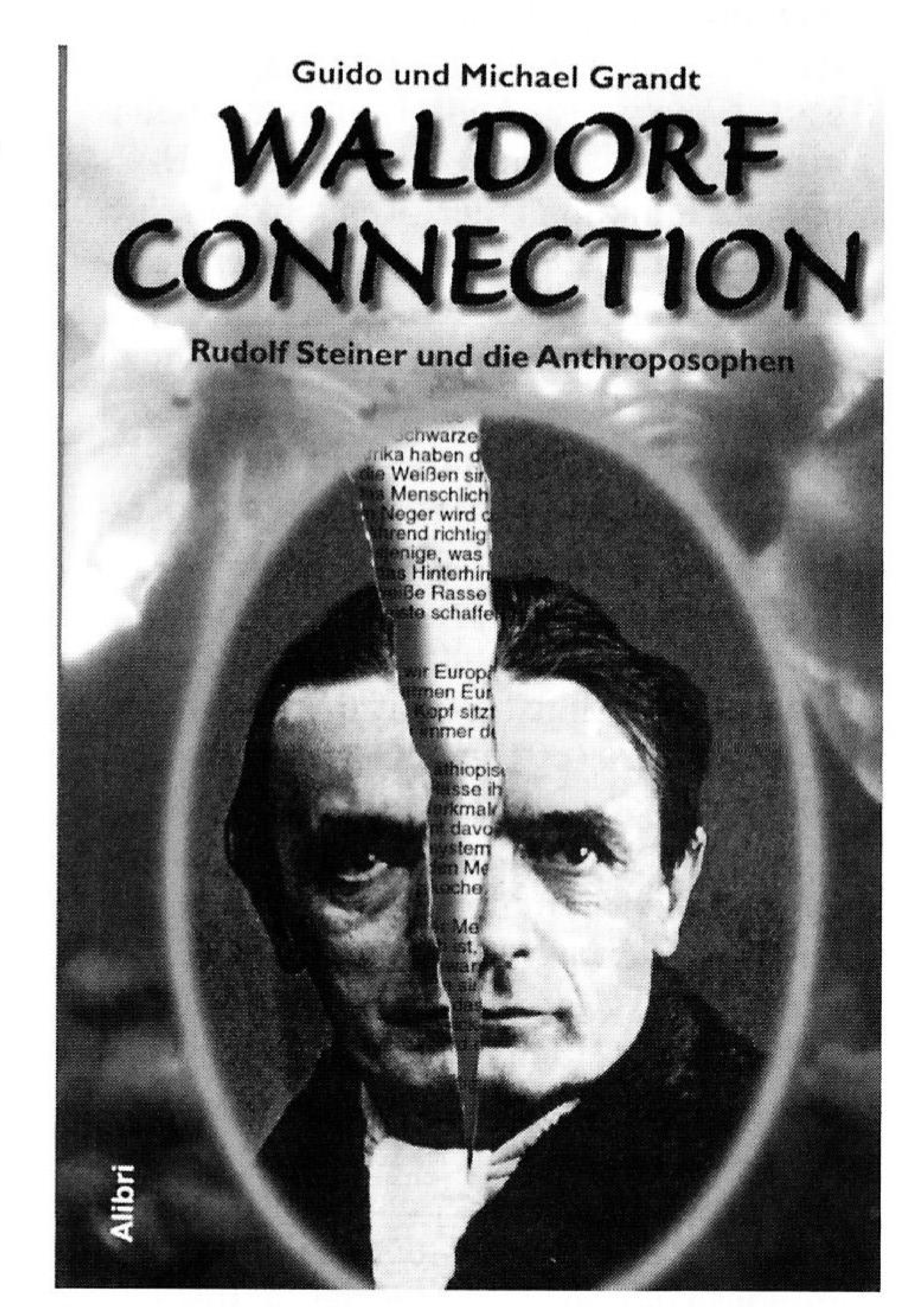
Der vorbestrafte Skinhead Manuel Jacob (18) sitzt in Haft. Ende Mai hatte das Amtsgericht Mannheim einen Haftbefehl gegen den Rädelsführer der lokalen Skinhead-Szene erlassen. Jacob soll im Rahmen der gewalttätigen Auseinandersetzungen bei der Begegnung der Fußball-Regionalliga zwischen Kickers Offenbach und Waldhof Mannheim am 13. Mai eine zwei Meter lange Holzlatte aus der Tribüne gerissen und auf Zuschauer der Offenbacher Kickers geschleudert haben. Bei den schweren Ausschreitungen in Offenbach waren über 100 Menschen verletzt und 28 Gewalttäter festgenommen worden. Fernsehbilder führten zur Festnahme des Mannheimer Skinheads. Das Landgericht hob zwischenzeitlich den Haftbefehl gegen Jacob wegen mangelnder Haftgründe auf. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft hatte daraufhin Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt. Seit dem 16. Juni ist der Skinhead mit dem Spitznamen „Straßenköter" erneut in Haft. Jacob erstellt seit Oktober 1995 das neonazistische Skinzine „Doitsche Offensive", von dem bereits über ein Dutzend Ausgaben erschienen sind. Der gescheiterte Kader der „Jungen Nationaldemokraten" wurde im Oktober 1997 u.a. wegen Körperverletzung zu einer elfmonatigen Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt, was ihn später in einem anderen Skinzine zu dem eindeutigen Kommentar veranlaßte: „Bastarde".

Matthias Rauch

„... einen empfindlichen Nerv getroffen ..."

Der Versuch verschiedener anthroposophischer Einrichtungen, kritische Literatur vom Markt zu klagen, ist in eine neue Runde gegangen. Diesmal war es ein vom selbsternannten Anthroposophie-Experten Josef Dvorak erwirktes Urteil, das eine weitere Verfügbarkeit der Bücher „Walldorf Connection" sowie „Erlöser" von Guido und Michael Grandt verhindern sollte.

Ende Februar ist es Anthroposophen erneut gelungen, mittels Gericht Kritik an ihrem Denken und dem ihres ewigen „Führers" Rudolf Steiner vom Markt zu klagen. Wiederum waren die Autoren Guido und Michael Grandt Ziel der Klagefreude von Personen aus dem Umfeld der Anthroposophen. Mehrfach waren diese Versuche erfolgreich, Grandts im österreichischen Ueberreuther Verlag erschienenes „Schwarzbuch Anthroposophie" wurde gleich durch mehrere Verfahren vom Markt verbannt, was einer faktischen Zensur gleichkommt. Nachdem durch eine Klage gegen den Vertrieb eine Auslieferung in Deutschland unmöglich gemacht wurde, erwirkten Anthroposophen in Österreich mehrere Urteile gegen das Schwarzbuch. Über juristische Raffinessen gelang es ihnen schließlich, den Verlag angesichts des finanziellen Risikos von einem weiteren Vertrieb des Buches abzuhalten. Auch weitere Beiträge für Medien und Artikel der Brüder Grandt beschäftigten die Gerichte. Die zahlreichen Verfahren zeigen die geschickte Taktik der Anthroposophen; statt die Vorwürfe über rassistische Aussagen und ihr Fortwirken in der heutigen Anthroposophie und den Waldorfschulen anzugreifen, setzen sie ihre juristischen Hebel an Nebensächlichkeiten an. In der Schweiz versuchten sie eine Verbreitung des Buches mit angeblichen Rechten an dem auf dem Buchcover wiedergegebenen Fotos Steiners zu verhindern, in Österreich klagten sie den Buchumschlag vom Markt, freilich ohne die im Klappentext enthaltenen Aussagen widerlegen zu können. Dem Gericht reichte vielmehr der höhere Verbreitungsgrad des Umschlages als Werbemittel, um eine weitere Verbreitung des Umschlages zu verbieten. Die darin



In einer veränderten zweiten Auflage ist das Buch Waldorf Connection, aus dem Alibri-Verlag derzeit wieder erhältlich.

enthaltenen Aussagen seien während der Kaufentscheidung nicht überprüfbar, somit seien negative Folgen für die klagenden Anthroposophen nicht ausschließbar.

Das neuste Urteil der unendlichen Geschichte Anthroposophen gegen Guido und Michael Grandt hat mit Josef Dvorak wiederum eine Nebenperson erwirkt. Dvorak, der sich selbst

REP in Baden-Württemberg mit neuem Vorstand

Beim Landesparteitag der baden-württembergischen „Republikaner" in Rexingen bei Horb am 8. Mai fanden turnusgemäße Vorstandswahlen statt. Als Landesvorsitzender wurde der Stuttgarter Rechtsanwalt Christian Käs (38) mit knapp 75 Prozent der Stimmen bestätigt. Zu seinen vier neuen Stellvertretern wurden der ehemalige Tübinger Landtagsabgeordnete Karl-August Schaal (63), der 46jährige Bundeswehrhauptmann Herbert Bastl, Chef einer Instandsetzungskompanie, vom KV Ostalb, der Heilbronner Gärtnermeister und Landesparlamentarier Alfred Dagenbach (51) und die Rentnerin Jutta Retz (60) vom Kreisverband Neckar-Odenwald gewählt.

Die 42jährige Diplom-Ingenieurin Sabine Johnson, die Schwester des REP-Bundesvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer (44), hatte sich nicht wieder zur Wahl gestellt. Der 51jährige Bankkaufmann Nikolaus Holzer (51) wurde als Schatzmeister wiedergewählt, Schriftführerin bleibt Marianne Götz (60). Zu Beisitzern des Landesvorstandes wurden neben dem Horber Gemeinderat Rodolfo E. Panetta (47) vom gastgebenden Kreisverband Freudenstadt der Pforzheimer Druckereibesitzer und MdL Klaus Rapp (47), Rudolf Förster, KV Rems-Murr, der Landesgeschäftsführer und bisherige Landesvize Rüdiger Helfer (40), Kriminalbeamter vom KV Rastatt, Annemarie (Anni) D'Acierno-Bachmann, KV Stuttgart, Heiko Auchter, Heilbronner Funktionär der „Republikanischen Jugend" (RJ) und stellvertretender nordwürttembergischer REP-Bezirksvorsitzender, Thomas Rauch, KV Göppingen und der Landesjugendbeauftragte Michael Haag, KV Ludwigsburg, von der RJ, der vormalige Käs-Stellverteter Wilhelm Kutschera (73), KV Heidenheim, der Ludwigsburger Landtagsabgeordnete Wolfram Krisch (65), Markus Knoll, KV Hohenlohe, das ehemalige Stuttgarter MdL Dr. Richard Eckert (60) und Gerda Gansewig vom Konstanzer Kreisverband gewählt.

Der Bundesvorsitzende Schlierer glänzte weitgehend durch Abwesenheit und vermied die offenen Konfrontation mit seinem Kontrahenten Käs. Dessen Wahlergebnis lag deutlich unter dem Resultat des letzten Wahlparteitages. Im Juli 1997 entfielen noch über 90 Prozent der Stimmen auf den Stuttgarter Rechtsanwalt. Geprägt war der Parteitag von der Teilnahme der Bundeswehr am NATO-Krieg in Rest-Jugoslawien. Ein Großtransparent auf der Bühne verkündete „Deutsche Soldaten vom Balkan zurück. Gib dem Krieg keine Chance. REP". Gleichzeitig wurde Kritik an der Wehrmacht als bloße Diffamierung an „unseren Vätern, die einer der besten Armeen seit Cäsar angehört haben", so der Landtagsabgeordnete Dagenbach, abgetan.

Insgesamt hat der baden-württembergische REP-Landesverband derzeit rund 1.800 Mitglieder.

als „Okkultismusexperte" und Satanologe darstellt, wurde in den beiden Büchern in Zusammenhang mit satanistischen Messen und dem „Ordo Templi Orientis" gestellt. Die Autoren wollten so Dvoraks Behauptungen, nur ein kritischer Beobachter der satanistischen Szene und unabhängiger Kenner der Anthroposophie zu sein, widerlegen. Mehrfach war Dvorak im Interesse verschiedener anthroposophischer Einrichtungen in Medien aufgetreten und hatte Kritiker der Anthroposophie scharf angegriffen und ihre Aussagen als Lügen und Fehlinterpretationen dargestellt. Da Dvorak immer wieder als vermeintlich unabhängiger Sachverständiger von Anthroposophen ins Rennen geschickt worden war, wollten die Autoren mit diesen Aussagen den gedanklichen Hintergrund Dvoraks darstellen und aufzeigen, daß er selbst esoterischen Zirkeln angehört, sowie durch seine Beteiligung an satanistischen Ritualen kaum als unabhängiger Sachverständiger in Sachen Religion taugt. Daß es Dvorak nicht um eine Verhinderung der Aussagen über seine Person, sondern um die Verhinderung von Kritik an Steiner und seinem bis heute nachwirkenden Lebenswerk geht, zeigt vor allem der Umstand, daß eines der Bücher aus dem die Zitate stammen, nach wie vor über den Buchhandel zu beziehen ist und von Dvorak bisher kein Versuch unternommen wurde, die darin enthaltenen Passagen mittels Gericht zensieren zu lassen. Ähnliches gilt für die Zeitschriften, Dvorak hat in keinem Fall Klage gegen eine der zitierten Zeitungen eingereicht.

Im Vordergrund der anhaltenden Kampagne gegen Guido und Michael Grandt steht die Angst der Waldorfschulen, finanzielle Förderungen zu verlieren und die Angst der Anthroposophen wirtschaftlichen Einfluß einzubüßen. Die zahlreichen Beispiele der Verfehlungen von Waldorfpädagogen und die Belege für rassistische Inhalte im Lehrstoff gefährden einen finanziell lukrativen Bereich der Anthroposophen und vor allem das Mittel, neue Mitglieder zu gewinnen. Noch immer halten nicht wenige Eltern das aus den 20er und 30er Jahren stammende Schulkonzept für eine bessere Alternative gegenüber dem staatlichen Schulsystem. Die Waldorfschulen sind das zentrale Moment für die Anthroposophen, Eltern und Schüler in den Bann Rudolf Steiners und seines Denkens zu ziehen. Gerade vor diesem Hintergrund sind die permanenten Versuche von Anthroposophen zu sehen, Kritiker mundtot zu machen. Eine kritische Öffentlichkeit würde zudem dem wirtschaftlichen Einfluß von Angehörigen der anthroposophischen Gruppen in Konzernen entgegenstehen.

Vor diesem Hintergrund versucht der „Bund der Freien Waldorfschulen" parallel zu den oben genannten Angriffen gegen die Brüder Grandt in einem weiteren Verfahren gegen den Alibri-Verlag das in diesem erschienene Buch „Rasse Mensch" verbieten lassen. In dem Buch zum gleichnamigen, am 14.4. 1999 in 3sat ausgestrahlten Film werden Traditionslinien, an die der Rassismus anknüpfen konnte, analysiert. In Zusammenhang mit den historischen Wurzeln des Rassismus in der Humanbiologie, Religion aber auch Kunst findet sich auf wenigen Seiten eine kritische Betrachtung der Anthroposophie. Nach den Autoren Grandt wird jetzt der Alibri-Verlag zu einem zentralen Feindbild der Anthroposophen. Im Vordergrund hierbei scheint der Versuch zu stehen, dem kleinen Verlag finanziell zu schaden und somit einen der wenigen Verlage mit langer Tradition in der Religionskritik vom Markt zu klagen.

Jan Raabe

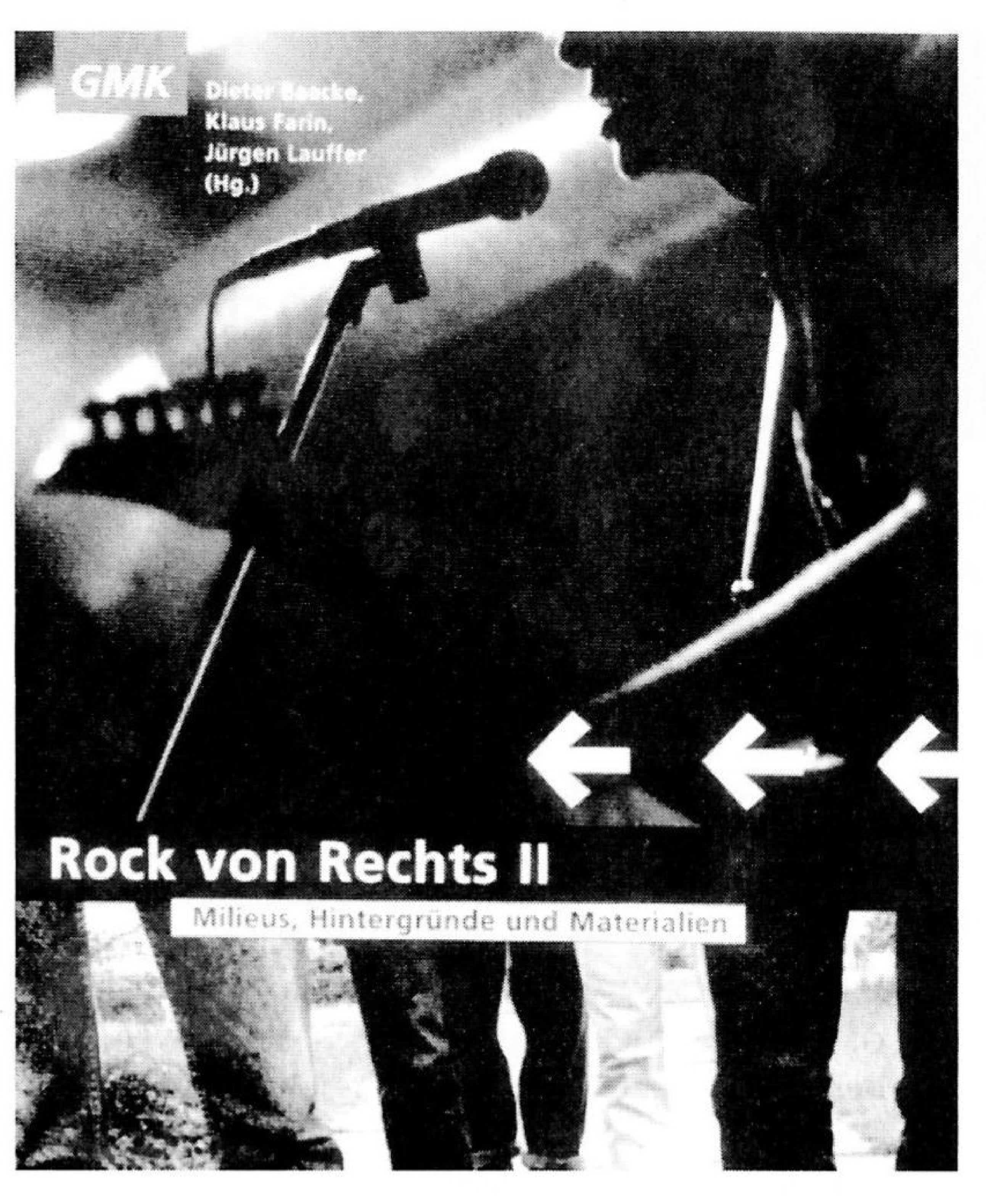
Rock von Rechts

Als Band 28 der „Schriften zur Medienpädagogik" erschien die aktualisierte Fassung des Buches „Rock von Rechts". Wieder versucht der Sammelband aus pädagogischer Sicht einen Überblick über Ursachen, Inhalt, Entwicklung und Gegenstrategien in diesem Bereich zu geben. Nach einer Einleitung von Jürgen Lauffer folgt ein Einblick in die Inhalte und Entwicklungen der Rechtsrock Szene von Klaus Farin. Neben einer guten Darstellung der ideologischen Motive und Argumentationsmuster wirkt die Einschätzung der Szene doch eher dürftig. Daß die Rechtsrock-Konzerte mittels Fahndungsdruck zu bloßen Familienereignissen geworden sind, wagt nicht einmal die Polizei zu behaupten. Auch die auf 8 Seiten präsentierte Geschichte der Böhsen Onkelz wirkt entpolitisiert und entschuldigend. Allein der Titel „Reaktionäre Rebellen" wirkt schon verharmlosend, da Farin damit nicht die Verbundenheit mit der Gesamtgesellschaft ausdrückt, sondern die Szene inhaltlich verharmlost. In die gleiche Richtung geht der Beitrag „Ortlos - orientierungslos" von Dieter Baacke, in dem dieser versucht, die Ursachen des Anwachsens dieser Szene zu ergründen. Dabei greift er auf die altbekannten Muster von sozialer Desintegration, Zerfall der Herkunftsmilieus und Modernisierungsverlierern zurück. Doch kommt dann „Unmengen von Bier", „dann stimmen sie das Horst-Wessel-Lied an und ziehen los, 'Kanaken klatschen'". So lautet der Kern der Analyse. Die tatsächliche Entwicklung und Eroberung von (öffentlichem) Raum scheint an Baakke vorbeigegangen zu sein. Er will immer noch „heimatlosen Jugendlichen bei ihren Suchbewegungen ... helfen und ihnen lebbare Orte anbieten". Im Beitrag „Welche Wirkung hat der Rock von Rechts" hinterfragt Rainer Dollase die gänige Art den Rechtsrock zu bewerten. So beschreibt er z.B. unter der Überschrift „Musik ist ohne politische Aussage - rechts ist der Kontext" das Aufrecherhalten eines rechten Images bei den Böhsen Onkels und Rammstein bei gleichzeitiger textlicher Distanzierung. Daß er damit den Ausführungen Farins diametral entgegensteht, stört nicht. So schlimm ist das alles eh nicht, denn der Konsum von rechter Rockmusik dient eher einer „Symbolischen Ersatzbefriedigung, die sich im späteren Lebenslauf verliert." Dollases Forderungen zum Umgang mit dem „Rechts Rock": „'Normale' rech-

te Anschauungen im Raum der Rockmusikszenerie müssen genauso akzeptiert und diskutiert werden wie im politischen Raum. Es kann bei pädagogischer Einflußnahme auf Jugendliche nur darum gehen, extreme und radikale Formen mit auch schon juristisch fragwürdigen Erscheinungformen in ihrer Wirkung einzudämmen." Anspruch? Nein Danke.

Den geschlechtsspezifischen Aspekt beleuchtet Kurt Möller. Er arbeitet Funktion und Ursachen des Geschlechterverhältnisses in der Szene. Er beleuchtet dabei auch die Gesamtgesellschaft und deren Rollenverhalten. Wenn er die Bedeutung von Vätern, die „nicht als Vorbilder für die Verfolgung gewaltfreier, nicht traditionaler Männlichkeitsperspektiven" dienen können, herausstellt, verweist er auf den Zusammenhang von Gesellschaft und rechter Szene. Allerdings steht er damit konträr zu einigen seiner Kollegen, die die Ursache eher im Schwinden des traditionellen Männerbildes und einem damit angeblich einhergehenden Verlust des Identitätsfragment „Männlichkeit" ausmachen. Möller hingegen plädiert für eine „politisch-pädagogische Arbeit an den vermeintlichen Selbstverständlichkeiten männlicher Identitätsbildung".

Im darauffolgenden Beitrag beleuchtet Rainer Erb die Rolle des Antisemitismus im Rechtsrock. In diesem verwirft er die Theorie von Beck und Heitmeyer als hinreichende Erklärung. „Der Einzelne muß sich in diese Richtung entscheiden" formuliert er um dann die



Motive des Antisemitismus auszuarbeiten. Für Erb ist der Rechtsrock „kein bloßes Spiel mit Bedeutung oder Provokation." „Das Lied ist noch nicht die Tat, aber in Konzertveranstaltungen beschwören das Haßlied und die Interaktion zwischen Bühne und Publikum die Tat."

Etwas angeklebt wirkt der Beitrag von Marcel Legrum zu Rechter Musik im Internet. Der interessante Beitrag stellt die Präsenz und Möglichkeiten der neuen Medien durch und für die Rechts-Rockszene dar. Leider bewirkt der Versuch, sowohl technische Möglichkeiten als auch Inhalt auf kleinstem Raum zu präsentieren, daß beides zu kurz kommt. Zudem sind gerade die Bewertungen im Bereich der Gefahr durch verbesserte technische Möglichkeiten höchst fragwürdig.

Der Sammelband schließt mit einem von Klaus Farin zusammengestellten Materialanhang. Diese verdienstvolle Arbeit, z.B. eine umfangreiche Auflistung der Rechtsrock-Veröffentlichung, machen das Buch eigentlich zu einem Muß für alle mit dem Thema näher befaßten Personen. Über die Qualität und den Sinn diverser Tabellen, Klassifizierungen und Einordnungen mag man dagegen streiten.

Ein Buch, welches in einigen Bereichen weit hinter dem Stand der Diskussion zurückbleibt, in anderen dagegen wichtige Fragen aufwirft und durch Faktenwissen und Darstellungen glänzt. Insgesamt kommt die politische Bewertung des Problems Rechtsrock und dessen Einordung in die Naziszene und die Gesellschaft zu kurz.

Dieter Baacke, Klaus Farin, Jürgen Lauffer: Rock von Rechts II, Gesellschaft f. Medienpäd. u. Kommunikationskultur i. d. BRD, 1999, 226 S., DM 20,-

Jan Raabe

Glatzenpflege auf Staatskosten

In einer einleitenden Arbeitshypothese umreißt Andreas Buderus seinen Standpunkt folgendermaßen: „Der weitgehende Verzicht auf eine deutliche Grenzziehung der Jugendarbeit bezüglich ihres Verantwortungs- und Kompetenzbereiches im Zusammenhang mit grassierendem Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus stellt nicht weniger als die Selbstaufgabe grundsätzlicher sozialpädagogischer Positionen zugunsten politisch definierter Handlungsvorgaben und 'Spielräume' dar. Jugendarbeit gerät in Gefahr, zum kalmierenden 'pädagogischen Büttel' und 'erzieherischen Ausführungsorgan' einer Gesellschaft zu werden, die sich im ausgehenden Zwanzigsten Jahrhundert und nach der 'Wiedererlangung nationaler Größe und Verantwortung' Reibereien im Inneren und das Bild des 'häßlichen Deutschen' nach außen nicht mehr leisten will und kann."

Das Buch behandelt vorrangig den Zusammenhang „Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik" (so der Untertitel). Vorweg werden Begriffe wie „Gewalt", „Rechtsextremismus" bestimmt und ihre differierende Verwendung dargestellt. Grundsätzlich werden „Jugend", „Jugendpolitk" und die Pädagogik betrachtet. Immer wieder ordnet Buderus diese in den gesamtgesellschaftlichen Kontext von Rassismus und Kapitalismus ein. Er betrachtet die Entwicklung der Jugendarbeit „vom revolutionären Aufbruch zur postmodernen Beliebigkeit" und hinterfragt deren heutige Ansprüche. Er stellt die verschiedenen Erklärungsmuster im Bereich Rechtsextremismus vor (Heitmeyer, Krafeld , Leiprecht, Rommelsbacher) und verwirft sozialpädagogische Mythen; z.B. jene der sog. Modernisierungsverlierer (Heitmeyer) durch seine differenzierte Betrachtung.

Seine Analyse verliert dabei nie den Blick auf Politik und Gesamtgesellschaft.

In einem Praxisteil stellt Buderuns den Verlauf des „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt" (AgAG) vor, sowie vier weitere Jugendprojekte gegen Rassismus und Rechtsextremismus, Der „Essener Koffer / Infothek Rechtsextremismus", das „Offenbacher Modellprojekt zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit", das Bremer Projekt „Aufsuchende Jugendarbeit mit Cliquen" und die „Mobile Jugendarbeit in Hoyerswerda". Diese Berichte sind jedoch sehr dünn und ihre Aussagekraft eher fraglich, eine fundierte Kritik fehlt hier leider.

Buderus Buch ist ein Plädoyer für ein bewußtes und verantwortungsvolles Handeln in der Pädagogik, für das Erkennen ihrer Grenzen und der Bestimmung ihres Verhältnisses zur Politik. Ist das Buch in diesem Bereich grundlegend, so fehlt doch der Übertrag dieser Analyse auf die derzeitige Praxis. Wer hier eine



grundlegende Kritik z.B. der akzeptierenden Jugendarbeit erwartet, der wird enttäuscht. Wer sich jedoch eingehender mit dem Thema Jugendarbeit - Neonazismus beschäftigt, kommt an diesen grundlegenden Überlegungen nicht vorbei. Gerade pädagogisch arbeitenden Personen ist das Buch nahezulegen, da Buderus dafür wirbt, sich als solche/r Gedanken über die eigenen Arbeit und deren politische Bedeutung zu machen.

Buderus,Andreas: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1998, 192 S., DM 29,30

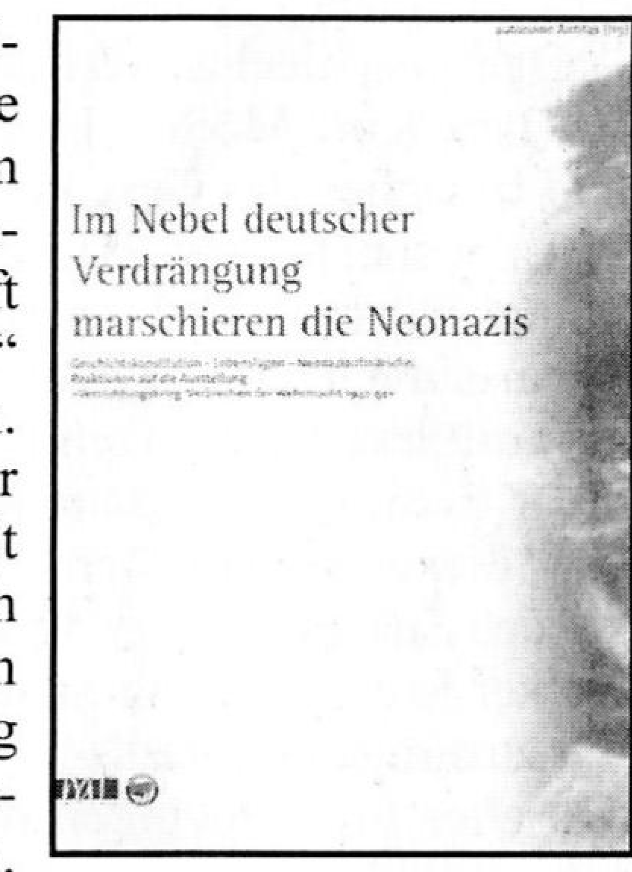
Jos Anders

Die Neonaziaufmärsche gegen die „Wehrmachtsausstellung"

Unter der Parole „Der Soldaten Ehre ist auch unsere Ehre" oder „Deutsche Soldaten die fairsten und tapfersten der Welt" marschieren seit 1997 die Neonazis gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Zuvor war es „nur" zu vereinzelten Angriffen auf die „Schandausstellung" gekommen.

Diese Entwicklung beleuchten die AutorInnen der kleinen Broschüre „Im Nebel deutscher Verdrängung marschieren die Neonazis". Bewußt engen sie ihren Blick auf die „Freien Kameradschaften" ein. Zwar werfen sie einen oberflächlichen Blick auf den Mythos von der „sauberen Wehrmacht" und der aktuellen Debatte, doch tiefgehender betrachten sie die Reaktionen der „militanten Neofaschisten".

Ausgehend von ihren Recherchen stellen sie fest, daß „den Kern der aufmarschierenden Ausstellungsgegner" die sogenannten „Freien Nationalisten" bilden und daß diese die Rechtssicherheit der NPD oder JN ausnutzen. Auffällig wäre, daß die neuen „Freien Kameradschaften", die auch als „Freie Nationalisten" auftreten, personelle und theoretische Gemeinsamkeiten zu der alten „Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front" aufweisen würden.



Außer zu der Einschätzung lädt die Broschüre auch zum Diskutieren über die Darstellung der „Freien Kameradschaften" ein. Nicht berücksichtigt werden allerdings die Bombenschläge auf die Ausstellung des „Hamburger Instituts für Sozialforschung".

Autonome Antifas (Hg.): Im Nebel deutscher Verdrängung marschieren die Neonazis, reihe antifaschistische texte, 1999. C/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Versand: 5 Exemplare 5 DM in Briefmarken

Erste Rechts-Hilfe

Polizeiliche Alltagseinsätze, Demos, verdeckte Ermittlungen, Geheimdienstaktionen, Ordnungswidrigkeiten/Strafverfahren, Rechtsschutz gegen rechtswidrige Maßnahmen, Datenschutz und Plebiszite/parlamentarische Mittel, genetischer Fingerabdruck, Platzverweise und Aufenthalts-/Stadtverbote, „Schwarze Sheriffs". Darum geht es in diesem neuem Werk von Rolf Gössner. Der Rechtsanwalt weiß, worüber er schreibt. Seit fast 30 Jahren steht er unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Das ist die Folge seiner kritischen Auseinandersetzungen mit dem Sicherheitsapparat. Die „Grünen" holten ihn 1990 als wissenschaftlichen und rechtspolitischen Berater ihrer Landtagsfraktion in Niedersachsen, die PDS ließ ihre Bundestagsfraktion von ihm beraten. Er war Sachverständiger in Gesetzgebungsverfahren des Bundestags und von Landtagen. Neben Lehraufträgen an verschiedenen Universitäten engagierte sich Rolf Gössner publizistisch als Redaktionsmitglied der geheimdienstkritischen Zeitschrift „Geheim" (Köln) und als Mitherausgeber der Zweiwochenschrift „Ossietzky". Wer es mit Polizei, Justiz oder Geheimdiensten zu tun bekommt, für den liefert Gössners neuer Ratgeber kompetente „Erste Rechts-Hilfe", von der Verkehrskontrolle bis zur Wohnungsdurchsuchung, von der Beschlagnahmung bis zum Lauschangriff, von der Demonstration bis zum Gerichtsverfahren. Der Autor erläutert - zum Teil an Fallbeispielen - die Rechtslage und gibt praktische Rechts- und Verhaltenstips. Unter dem Schlagwort „Rechtsextremismus" diskutiert Gössner die Parteienverbote Anfang der 90er Jahre (NF, DA, NO, „Wiking-Jugend"). Er kommt zu dem Schluß, dass Verbote wenig Sinn machen. Verbote sind nach seiner Auffassung „lediglich Verdrängungsmaßnahmen und können die fatale Wirkung zeitigen, daß die anvisierten Kräfte, die ja nicht vom Erdboden verschwinden, in anderen Organisationen oder im Untergrund weiter agieren und auf diese Weise noch schlechter öffentlich kontrolliert und bekämpft werden können." Eine Argumentation, der man nicht unbedingt folgen muß. Auch der Hinweis, dass Verbote eine öffentliche Auseinandersetzung um die ideologischen Inhalte, also Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, verhindert, ist nicht ganz schlüssig, denn die Sorge für die Einhaltung der Verbote muß Aufgabe der öffentlichen Kontrolle und Diskussion über gesellschaftliche Entwicklungen bleiben.

Insgesamt ein Handbuch für alle, die sich einen Überblick über die Entwicklung des modernen Repressionsapparates verschaffen wollen und für diejenigen, die in den Armen des staatlichen Gewaltmonopols eine erste konkrete Hilfe benötigen.

Rolf Gössner: Erste Rechts-Hilfe. Rechts- und Verhaltenstips im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten. Verlag „Die Werkstatt" 1999. 384 S., 39,80 DM. ISBN 3-89533-243-7